

SOZIALVERBAND



Diskussions-Papier für den

Mindestlohn statt Sparpaket: Nur Inlandswachstum führt aus der Schuldenfalle



Foto: Armin Strauch

Prof. (Gast) Albrecht **Goeschel**
Staatliche Universität Rostov
Technische Hochschule -
University of Applied Sciences
Giessen-Friedberg
Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale
Tenno-Gardasee

Marquartstein
April 2010

Herausgeber:

Prof. (Gast) Albrecht **Goeschel**
Staatliche Universität Rostov
Technische Hochschule -
University of Applied Sciences
Giessen-Friedberg
Akademie und Institut für Sozialforschung e.V.
Tenno-Gardasee

Anschrift in Deutschland:
83250 Marquartstein
Staudacher Straße 14

Tel.: 08641-7130
Fax: 08641-63242
Mail: mail@studiengruppe.com

Gestaltung:

Jasmin Lauer

Inhalt:

1.	Mindestlohn ist nicht nur Armutsvermeidung	4
2.	Viele Wege führten zum Niedriglohn	5
2.1.	Steigende Löhne als Wirtschaftswunder	6
2.2.	Ob Reformen oder Konsolidierung – Lohnleitlinien immer	7
2.3.	Geistig-moralische Wende, Lohnpause und Exportoffensive	10
2.4.	Wachstum ohne Beschäftigung bis zum Mauerfall	11
2.4.1.	38,5-Stundenwoche und Franke-Erlass als Beispiele für „aktive“ Lohnpolitik	12
2.4.2.	Neben-Lohnfinanzierter Einigungsboom und Arbeits-Marktradikalisierung	13
2.5.	Vom Sanierungsfall zum Wunderland: Dumpinglöhne und Exportrekorde	16
2.5.1.	Patentlösung auch für die Währungskrise, EU-Stabilisierung und Einigungsfinanzierung: Lohnzurückhaltung und Neben-Lohnkürzung	16
2.5.2.	Reformwettlauf in die Armutsfalle	18
2.5.3.	Existenzangst im Niedriglohnsektor	22
2.5.4.	Exportweltmeister mit Ostzone	24
2.5.4.1.	Staatsfinanzierung aus den Neben-Lohnkosten	29
2.5.4.2.	Neben-Lohnkostenfinanzierung der Niedriglohnzone	30
3.	„Arbeitsgesellschaft Deutschland“ in der Insolvenz – Mindestlöhne gegen Überschuldung	32

1. Mindestlohn ist nicht nur Armutsvermeidung

Der Sozialverband VdK Deutschland fordert einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn über alle Branchen hinweg. Durch eine derartige Lohnuntergrenze soll sichergestellt werden, dass das Arbeitseinkommen bei Vollzeitbeschäftigung für Lebensunterhalt wie Alterssicherung ausreichend ist.¹⁾ Dabei platziert der Verband einen gesetzlichen Mindestlohn als Teilelement seines Gesamtkonzeptes zur Bekämpfung und Vermeidung zunehmender Armut.²⁾ Mit seiner Forderung nach Einführung eines einheitlich gesetzlichen Mindestlohnes betritt der Sozialverband VdK Deutschland über die von ihm als Bereiche der Armutsvermeidung angesprochene Sozial-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Bildungspolitik³⁾ hinaus zweifellos auch das Gebiet der Wirtschaftspolitik. Damit folgt auch der Sozialverband VdK Deutschland einer Tendenz, die sich im Zuge der weltweiten Finanz-, Real- und Sozialkrise bei einigen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände in Deutschland entwickelt hat, nämlich die Absicht, die sozialpolitischen Anliegen sehr viel dezidierter als bislang auch als wirtschaftspolitische Forderungen vorzutragen.⁴⁾

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Sozialverbandes VdK hat hier als erster der Sozial- und Wohlfahrtsverbände schon vor der Finanz- und Realkrise das einseitig exportorientierte Geschäftsmodell Deutschland als Ursache für die zunehmende Armut in Deutschland zum Thema gemacht.⁵⁾ Dementsprechend hat dieser Landesverband auch eine ambitionierte Fachkonferenz zu den gesamt- und regionalwirtschaftlichen Gesichtspunkten der Lohnentwicklung und Daseinsvorsorge in Deutschland veranstaltet.⁶⁾ Das nachfolgende Diskussionspapier zur politischen und ökonomischen Lohngeschichte der zurückliegenden Jahrzehnte in Deutschland wurde in einer ersten Fassung als Hintergrundpapier für die Vorbereitung dieser Fachkonferenz des VdK NRW erarbeitet. Es dient dazu, die VdK-Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn vor allem auch als einen Weg zu verdeutlichen, die Staatsverschuldung als Folge der weltweiten Finanz- und Realkrise durch ein stärker auf Binnenkonsum als Exportexzesse gestütztes Wachstum zu überwinden.

¹⁾ Sozialverband VdK Deutschland e.V. (Hrsg.): Sozialpolitische Anträge zum 16. Ordentlichen Bundesverbandstag - Entwurf, Bonn 20.1.2010, Kapitel VI-Armut, Ziff. 4.2.

²⁾ Ebda. Ziff. 2

³⁾ Ebda.

⁴⁾ Goeschel, Albrecht: In der Krise wird Armuts politik zur Wirtschaftspolitik: Strategische Herausforderung für die Verbände des Sozialen und der Wohlfahrt. In: Gesundheitspolitikmanagement-ökonomie, 4/2008, S. 81-83 und Martens, Rudolf: Existenzminimum: Wachstumsfaktor und Wagnisversicherung. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 1/2009, S. 82 - 92

⁵⁾ Goeschel, Albrecht: Exportwettlauf in die Armutsfalle: Das Wachstumswunder und seine Folgen für die soziale Lage und das politische Bewusstsein in Nordrhein-Westfalen. In: Sozialverband VdK Landesverband NRW (Hrsg.): „Große Koalition“ - Enkelkinder und Großeltern gegen Bildungskrise und Altersarmut, Düsseldorf 2008, S. 63 - 80

⁶⁾ Sozialverband VdK Landesverband NRW: „Lohn-Arbeit“ - Sozialstaatserneuerung in NRW durch bessere Löhne und Daseinsvorsorge, Soziales Forum, Düsseldorf, 9.9.2010

2. Viele Wege führten zum Niedriglohn

Während der sogenannten Rekonstruktionsperiode der Unternehmerwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, also in den 16 Jahren zwischen 1950 und 1965 sind die **Nettorealverdienste**⁷⁾ um rund 119 Prozent, d.h. jährlich im Durchschnitt um etwa 7 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr gestiegen.

In der Phase bis zur deutschen Wiedervereinigung, in die u.a. mehrere wirtschaftliche Einbrüche fielen, d.h. in den 24 Jahren zwischen 1966 und 1989 stiegen die **Nettorealverdienste** dann nur noch um rund 111 Prozent, d.h. jährlich im Durchschnitt um 4,6 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr.

In der Zeit bis zur noch keineswegs überwundenen weltweiten Finanz-, Real- und Sozialkrise der Jahre 2008 und 2009, also in den 16 Jahren zwischen 1992 und 2007 blieben die **Nettorealverdienste** mit 1,8 Prozent beinahe konstant, d.h. sie „stiegen“ jährlich im Durchschnitt um etwa 0,1 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr.

Übersicht 1: Nettorealverdienste in Deutschland 1950 – 2007

Verdienste	Entwicklung der Netto- realverdienste*
	Prozent jährlich gegenüber Ausgangsjahr
Jahre	
1950 bis 1965	7,01
1966 bis 1989	4,62
1991 bis 2007	0,11

*) Je beschäftigten Arbeitnehmer jährlich und mit dem Preisindex der Lebenshaltungskosten deflationiert.

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.):
Statistisches Taschenbuch 1980 – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 1980 sowie
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch
1992- Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 1992 und dass. (Hrsg.): Statistisches
Taschenbuch 2008 - Arbeits- und Sozialstatistik, Berlin 2008

Es hat also in Deutschland einmal eine Zeit gegeben, in der es durchaus realistisch war davon auszugehen, dass ein Männer-Lohn ausreichte eine Familie zu unterhalten und „Doppel-Verdiener“ nicht sehr angesehen sein

⁷⁾ Die methodisch-theoretische Diskussion, ob makroökonomische Indikatoren sachgerechter in nominalen jeweiligen Werten oder in realen deflationierten Werten dargestellt werden können, soll hier nicht geführt werden.

mussten. Das mittlerweile, sechs Jahrzehnte später häufig nicht einmal mehr zwei Jobs einen Erwerbstätigen alleine ausreichend ernähren, Familien und Beziehungen zu „Bedarfsgemeinschaften“ für lohnverbessernde Sozialzahlungen verstümmelt worden sind und erst ein Bundesverfassungsgericht klarstellen muss, dass es für das weitere Absenken des Existenzminimums von bald einem Zehntel der Bevölkerung in Deutschland (Hartz IV) und damit auch ein weiteres Herunterziehen der Löhne eine sozialstaatliche Untergrenze gibt, hätte in den Glanzjahren der Bundesrepublik niemand für möglich gehalten. Wenn man heute über „Mindestlöhne“ diskutiert, muss diese Talfahrt einer vormaligen „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) zu einer (Armut)-„Risikogesellschaft“ (Beck) der Erinnerungshintergrund sein.

Nachfolgend werden ausgehend von der sich über die Jahrzehnte dramatisch verschlechternden Lohnentwicklung die wichtigsten Phasen der neueren wirtschafts- und sozialpolitischen Vergangenheit Deutschlands beschrieben. Dabei wird deutlich, dass es gerade die immer weniger gezügelte Gewinnsteigerung war, mit der das Erfolgsmodell Deutschland zu einem Niedriglohnland und Armutsstandort heruntergekommen ist.

2.1. Steigende Löhne als Wirtschaftswunder

Nach dem politischen Zusammenbruch Deutschlands drängten sich in den Westzonen Millionen zugeflohener qualifizierter Arbeitskräfte, Unternehmensleitungen und Kapitaleigner und es bedurfte nur fester Wechselkurse, einer gängigen neuen Währung, ausreichender Investitionskredite, Steuervergünstigungen und steigender Arbeitslöhne um ein bis in die Mitte der sechziger Jahre anhaltendes ununterbrochenes Wirtschaftswachstum auf der Grundlage der überkommenen Wirtschafts-, Vermögens- und Eigentumsschichtung⁸⁾ zu erzeugen. Das zerstörte Land war zugleich eine Großbaustelle.

Durch die Grenzschießung der vormaligen Deutschen Demokratischen Republik blieb nach 1961 allerdings die Zufuhr qualifizierter Arbeitskräfte von dort als Wachstumsstimulus aus. Eine breite Zweigwerksansiedlung in ländlichen Räumen und die verstärkte Anwerbung von Gastarbeitern dienten bestimmten Branchen und Unternehmen damals dazu den mit der erreichten Vollbeschäftigung steigenden Lohnkosten und sinkenden Gewinnaussichten auszuweichen. Gleichzeitig wurde gegen Ende der neunzehnhundertsechziger Jahre Wirtschaftswachstum bevorzugt durch arbeitssparenden Kapitaleinsatz, die damals diskutierte „Automation“⁹⁾ generiert. Parallel zu der damit erreichten steilen Anhebung der Arbeitsproduktivität fielen in der Wirtschaftskrise von 1966 und 1967 erstmals seit der Währungsreform die Nominallöhne¹⁰⁾. Wie bereits gezeigt wurde, ging damals die hohe bei 7,5 Prozent jahresdurchschnittlich liegende Nettorealverdienststeigerung erkennbar zurück (Übersicht 1).

⁸⁾ Pritzkolet, Kurt: Das kommandierte Wunder, München-Wien-Basel 1959 S. 717 - 776 und Anonym: Arbeitsmarktpolitik 1945 bis 1949. In: WZB-Mitteilungen, Berlin Juni 2002, S.20 - 23

⁹⁾ Doberer, Kurt: Sinn und Zukunft der Automation, Frankfurt am Main 1958

¹⁰⁾ Mandel, Ernest: Die deutsche Wirtschaftskrise - Lehren der Rezession 1966/1967, Frankfurt am Main 1969, S. 21 ff.

Allerdings hatte sich in den reichlich eineinhalb Jahrzehnten nach der Währungsreform auch ein mit Lohnbestandteilen, d.h. Beiträgen finanzierter wachsender sozialstaatlicher Sektor von Real- und Monetärtransfers entwickelt, der sowohl ein prozyklisches Absacken der Inlandsnachfrage wie auch ein prozyklisches Absenken der Löhne moderierte¹¹⁾. Auch hatte sich in diesen Nachkriegsjahrzehnten, ablesbar an den Verlagerungen der Erwerbstätigen aus Landwirtschaft und Handwerk in die Industrie und von dort in die großstädtischen Dienstleistungen, und angetrieben durch eine landesplanerisch-raumordnerische Förder- und Entwicklungspolitik der bis dahin in vielen Regionen noch dominierende agrarisch-traditionelle Sektor als enormes inländisches Wachstumspotential für Lohnarbeit und Güterabsatz eröffnet¹²⁾.

2.2. Ob Reformen oder Konsolidierung – Lohnleitlinien immer

Während der Nachkriegs-Wachstumsphase lag das nominale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei jahresdurchschnittlich etwa 23 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr 1950. In der darauffolgenden Wachstumsphase wurden dagegen nur noch Werte von jahresdurchschnittlich knapp 15 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr 1965 erreicht.

Übersicht 2: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 1950 – 2007

Bruttoinlandsprodukt	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts*
Jahre	Prozent jährlich gegenüber Ausgangsjahr
1950 bis 1965	23,02
1966 bis 1989	14,81
1991 bis 2007	3,40

*) Nominal in jeweiligen Preisen

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1980 – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 1980 sowie Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1992 - Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 1992 und dass. (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2008 – Arbeits- und Sozialstatistik, Berlin 2008

¹¹⁾ Lutz, Burkart: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/Main; New York, 1984, S. 186 – 228 und Müller, Wolfgang: Die Grenzen der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft. In: Schäfer, Gerd, Nedelmann, Carl (Hrsg.): Der CDU-Staat: Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967, S. 5-22

¹²⁾ Lutz, Burkart: A.a.O., S. 210 - 228 und Erster Raumordnungsbericht der Bundesregierung, BT-Drucksache IV / 1492, Bonn 1.10.1963

Mit diesem deutlichen Abflachen der Wachstumskurve, das sich auch in den schwächer werdenden Steigerungen des preisbereinigten realen Bruttoinlandsprodukts von zunächst 10,5 Prozent Zuwachs 1951 gegenüber dem Vorjahr auf 5,6 Prozent Zuwachs 1965 gegenüber dem Vorjahr zeigte¹³⁾ wurde ein neues Wachstumskonzept für die Generierung von Gewinnaussichten nötig. An erster Stelle stand hier eine Erschließung und Realisierung von Gewinnchancen nicht mehr in den agrarisch-traditionellen Sektoren und Regionen des Inlands, sondern durch Exporte in die europäischen Nachbarländer und in das außereuropäische Ausland. Diskussionsthemen waren damals die „EWG“ und der „Osthandel“. Während im Jahre 1950 die deutsche Handelsbilanz noch negativ und 1960 mit rund 4 Milliarden EUR schon positiv war hatte sich dieser Überschuss bis 1970 bereits verdoppelt (Übersicht 3).¹⁴⁾

Wie auch bei späteren Krisen, insbesondere der gegenwärtigen weltweiten Finanz- und Realkrise wurde die erste Krise in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1966 und 1967 von Politik und Wirtschaft zu einem tiefgreifenden Umbau des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft genutzt: 700 000 Arbeitslose, 300 000 Kurzarbeiter und 300 000 Gastarbeiter-Rückreisen legitimierten eine durch die damalige Große Koalition mit Kanzler Kurt Georg Kiesinger implementierte Globalsteuerung, Wachstums- und Stabilitätsgesetzgebung, Raumordnungsgesetzgebung und mittelfristige Finanzplanung.¹⁵⁾

Vor allem aber wurde mit der „Konzertierten Aktion“ ein Instrument geschaffen, um die schon zuvor von den Gewerkschaften aufgegebene expansive Lohnpolitik nun in eine Politik der Lohnleitlinien dauerhaft einzubinden¹⁶⁾. Die von der Vorgängerregierung des Kanzlers Ludwig Erhard propagierte Politik des „Maßhaltens“ hatte dies nicht erreicht. Die Politik der verbändestaatlichen Lohndämpfung war vor allem für den Exportsektor der Wirtschaft durchaus ein Erfolg. Zwischen 1960 und 1970 verdoppelten sich die Exportüberschüsse (Übersicht 3). Gleichzeitig sanken aber die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (Übersicht 2) da die zur Förderung der Exportposition durchgesetzte Lohnzurückhaltung die Wachstumskomponente Nettorealverdienste, d.h. Inlandskaufkraft in dieser Phase gegenüber den Jahren 1950 bis 1965 hatte zurückgehen lassen (Übersicht 1).

Allerdings musste gleichzeitig schon aus Gründen der Exportorientierung, d.h. der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft neben Lohnzurückhaltung nicht nur ein höheres Innovationsniveau bei Produkten und Prozessen, sondern auch ein ökonomisch-technologischer Strukturwandel der Sektoren und Branchen, der Regionen und vor allem der Qualifikationen der Erwerbstätigen erreicht werden. Die „Reformpolitik“ der 1972 auf die Große Koalition von 1969 folgenden sozial-

¹³⁾ Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1980 – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 1980, Tabelle 1.3

¹⁴⁾ Seite 26

¹⁵⁾ Huffschnid, Jörg: Die Politik des Kapitals – Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1969 und Bieling, Hans-Jürgen: „Privat vor Staat?“ – Zur Entwicklung politischer Leitbilder über die Rolle des Staates. In: WSI-Mitteilungen 5/2009

¹⁶⁾ Altwater, Elmar: Von der Krise zur Formierung: Analyse der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik. In: Sozialistische Hefte, 6-1967, S. 297 - 310

liberalen Koalition insbesondere im Bildungs- und Wissenschafts- sowie im Technologiebereich zielte hierauf ab¹⁷⁾.

Naturgemäß führte dieser „neue“ Wachstumspfad zu einer erhöhten Arbeitskräftenachfrage mit begleitenden Lohnsteigerungen, die zu einer Schmälerung der unternehmerischen Gewinnaussichten wurden. Zusammen mit einer als „Weltwährungskrise“ bezeichneten dramatischen Veränderung der welt- und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der 1970er Jahre¹⁸⁾ wie etwa dem Zusammenbruch des Systems der festen Wechselkurse mit nachfolgender DM-Aufwertung bzw. Exportpreissteigerungen, restriktiver Wirtschaftspolitik in zahlreichen Abnehmerländern und wachsender Schwellenländerkonkurrenz ging die Nachfrage nach dem Faktor Arbeit, d.h. nach Lohnarbeit massiv zurück. Im Jahre 1975 überschritt die Arbeitslosigkeit erstmals in Deutschland die Millionengrenze und blieb auch in den Folgejahren in dieser Größenordnung bestehen¹⁹⁾. Die damals breit erörterte „Stagflation“, d.h. Wachstumseinbruch und Arbeitslosigkeit bei steigenden Preisen war auch ein Ergebnis des Zusammentreffens der für den „neuen“ Wachstumspfad notwendigen steuerfinanzierten Reformprogramme mit der durch den Asienkrieg der Vereinigten Staaten noch potenzierten inflationären Dollarüberschwemmung der Märkte aus den mit dem sogenannten „Kalten Krieg“ begründeten Hochbudgets der Verteidigungshaushalte vor allem der Mitgliedsländer des Nordatlantik-Paktes²⁰⁾.

Auch nach Überwindung dieser zweiten schweren, nun mehr „Weltwährungskrise“ der Jahre 1974 und 1975 kam es zwischen 1975 und 1989 in 7 von diesen 15 Jahren zu gegenüber dem Vorjahr negativen Nettoealverdienststeigerungen. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Nettoealverdienste in diesem Zeitraum gegenüber 1975 nur noch um 0,98 Prozent²¹⁾ gegenüber dem Ausgangsjahr. Eine zentrale Rolle für diese deutliche Stützung der Unternehmensgewinne spielte die Ablösung der Reformkanzlerschaft von Willy Brandt durch die Konsolidierungskanzlerschaft von Helmut Schmidt im Jahre 1974. Durch eine sogenannte Haushaltsbegleitgesetzgebung wurden vor allem die Sozialaufwendungen aus Steuern und Beiträgen schrittweise verringert und damit auch die Löhne nach unten gesteuert, d.h. der vorgeblich durch Sozialaufwendungen bedingte Inflationsdruck auf die Löhne speziell die Lohn-„Nebenkosten“ verringert.

¹⁷⁾ In diesem Zusammenhang stellte der wehrtechnische Wirtschaftssektor nicht nur einen von Exportlage und Inlandsnachfrage unabhängigen eigenständigen Bereich staatlicher Investitionen und staatlichen Konsums, sondern auch einen Technologietreiber dar- dies allerdings weniger tatsächlich als vor allem argumentativ-ideologisch.

¹⁸⁾ Altvater, Elmar: Die Weltwährungskrise, Frankfurt a. Main 1969, S. 10 - 39 und S. 78 - 119

¹⁹⁾ Kosche, Ernst, Bach, Willi: Die Phasen der Arbeitsmarktpolitik in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. In: Sozialer Fortschritt, 6 – 7 / 1997, S. 148 - 156

²⁰⁾ Zwei hier nicht weiter diskutierte Faktoren der Stagflation sind die mit dem zunehmenden Konzentrationsgrad der Wirtschaft verbundene fehlende Korrektur wichtiger Preise in Konjunkturabschwüngen nach unten und die mit anhaltenden Exportüberschüssen verbundenen Währungsüberschüsse. Vgl. Bessau, Gerhard: Weltwährungskrise – Weltwirtschaftskrise. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2-1974, S. 139 - 149

²¹⁾ Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch – Arbeits- und Sozialstatistik 1992, Bonn 1992, Tab. 1.15

Ein wichtiges Instrument dieser Art von Globalsteuerung war dabei weiterhin die „Konzertierte Aktion“, die vor allem die Gewerkschaften in diese Politik der Lohnleitlinien einband.²²⁾ Zugleich wurde über die Arbeitsförderungsgesetzgebung in großem Umfang das Instrument der Gewinnsteigerung durch Lohnkostensubvention eingeführt. In diesem Zeitabschnitt wurde außerdem die sogenannte „Kostendämpfungspolitik“ im Gesundheitsbereich gestartet²³⁾, die über die Krankenkassenbeitragsschiene, d.h. die Lohn-„Nebenkosten“ die Arbeitskosten moderieren sollte.

2.3. Geistig-moralische Wende, Lohnpause und Exportoffensive

Seit der weltweiten Krise der Jahre 1974 und 1975 blieb es international bei einer Wirtschaftslage, die durch Stagnation und Inflation, zu schwache Binnenmärkte und sinkende Geldwerte bestimmt war²⁴⁾. In Deutschland brachte die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung und der Personal- und Personalkostenabbau der Wirtschaft eine ab 1980 auf Null und ab 1981 ins Minus drehende Nettorealverdienstentwicklung. Die damit verbundene drastische Schwächung der Binnennachfrage und das Auftreten der geburtenstarken Jahrgänge auf dem Arbeitsmarkt führten zu Beginn des Jahres 1983 zu einer Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen auf 2,5 Millionen²⁵⁾.

„Neues“ Wachstum sollte nun nicht mehr durch moderierende Staatsinterventionen zunächst als Reform, dann als Konsolidierung, sondern durch ein einseitiges Umsteuern auf eine weltmarkttaggressive, später als neoliberal bezeichnete Angebotspolitik erreicht werden, bei der Lohnverzicht, Sozialeinkommensabsenkung und Steuervergünstigungen vor allem der Großwirtschaft Gewinne aus Exportsteigerungen sichern sollten²⁶⁾. Sozusagen die „Blaupause“ für dieses Wirtschaftskonzept war in Deutschland das sogenannte „Lambsdorff“-Papier, dessen Grundanliegen von der nach 1982 antretenden Koalitionsregierung unter der Wendekanzlerschaft von Helmut Kohl als Forderung nach einer „Geistig-moralischen Erneuerung“ und vor allem einer „Lohnpause“ präsentiert wurde.²⁷⁾

²²⁾ In der Lohn- und Einkommenspolitik Westdeutschlands bis zum Start der Globalisierungspolitik mit ihren konsensualen Lohnleitlinien gab es als „repressiven Hintergrund“ eine Arbeitsrechtsprechung die sukzessive den Geltungsbereich des Streikrechts einschränkte und damit die „freiwillige“ Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften im Stillen in eine „zwangsweise“ - Lohnzurückhaltung verwandelte. -Vgl. Mückenberger, Ulrich, Welteke, Marianne: Krisenzyklen, Einkommenspolitik und Arbeitsrechtsentwicklung in der BRD, In: Kritische Justiz, Frankfurt am Main 1/1975, S. 1 – 23. Darüber hinaus gab es schon mit dem Konzept der „Formierten Gesellschaft“ von Ludwig Erhard und der „Notstandsgesetzgebung“ einen sich verstärkt aufbauenden repressiven Eventualhintergrund.

²³⁾ Alber, Jens: Der Wohlfahrtsstaat in der Wirtschaftskrise – Eine Bilanz der Sozialpolitik der Bundesrepublik in den frühen siebziger Jahren. In: Politische Vierteljahres-Schrift , 1-1986, S. 28 - 60

²⁴⁾ Memorandumgruppe (Hrsg.): Memorandum '83, Köln 1983, S. 64 ff. und 74 ff.

²⁵⁾ Ebda, 17 ff., 40 ff. und 64 ff.

²⁶⁾ Ebda, S. 43 und Vesper, Dieter „Was könnte „Nachfragepolitik“ heute leisten? In: Buttler et al. (Hrsg.): Staat und Beschäftigung - Angebots- und Nachfragepolitik in Theorie und Praxis, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 88. Hrsg. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1985, S. 9 - 44

²⁷⁾ International wurde diese angebotsorientierte Wirtschaftskonzeption als „Reaganomics“ bzw.

Für die exportorientierte Großwirtschaft in Deutschland wurde diese auf Lohnverzicht und Sozialeinkommensenkung aufbauende Exportpolitik zu einem großen Erfolg: So entwickelte sich die Exportbilanz von einem Minus von 5 Mrd. EUR im Jahre 1980 in ein Plus von 72,5 Mrd. EUR im Jahre 1990 (Übersicht 3). Insgesamt gab es zwar aus diesem Exportboom heraus auch positive Beschäftigungseffekte, die aber wegen der höheren Kapitalintensität geringer als bei einer analogen Stärkung des Binnenkonsums ausgefallen waren.²⁸⁾ Gleichwohl unterstützten die Gewerkschaften im Rahmen des korporatistischen Konsens mit den Unternehmensverbänden diese Weltmarktorientierung bei Lohnzurückhaltung.²⁹⁾

Bemerkenswert sind einige in der Phase der Kohlschen Wendekanzlerschaft eingeleitete „Neuerungen“, die mittlerweile lagebestimmend sind: So begann in den letzten Jahren vor dem Mauerfall die umfängliche Finanzierung von Staatsaufgaben aus dem Gesundheitswesen, die Politik der sogenannten „Verschiebebahnhöfe“ in Kombination mit der Budgetierung der Gesundheitsausgaben im Rahmen von „Gesundheitsreformen“.³⁰⁾ Auch etablierte sich in diesen Jahren dezidierter Angebotspolitik die Tendenz eines ansteigenden Anteils der Sozialtransfers bzw. eines sinkenden Arbeitslohns an den Einkommen, der heute zu einem wesentlichen Merkmal der Lohnarbeit geworden ist.³¹⁾ In dieser Zeit wurden im Zusammenhang anhaltender Sozialkürzungen zur Entlastung des Bundeshaushalts auch die Phänomene „Armut“ und „Süd-Nord“-Gefälle in der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik erstmals politisch wahrgenommen und erörtert.³²⁾

2.4. Wachstum ohne Beschäftigung bis zum Mauerfall

Die Zeitspanne zwischen der „Geistig-moralischen Erneuerung“ vom Herbst 1982 bis zur Öffnung der Berliner Mauer im Herbst 1989 war vor allem auch eine Zeit der schrittweise Schwächung des „Normalarbeitsverhältnisses“³³⁾ und des mit ihm verknüpften Systems der Sozialsicherung durch die Zunahme neuartiger, geringfügiger und ungeschützter Beschäftigung einschließlich Leiharbeit. Durch Begünstigung der Arbeitsflexibilisierung im Zuge der Beschäftigungsförderungs-

„Thatcherism“ diskutiert. Ein wichtiger Akteur in diesem neuen Politikkonzept war die Bundesbank mit ihrer vorwiegend restriktiven Geldpolitik. – Vgl. Vesper, Dieter: A.a.O., S. 28 ff.

²⁸⁾ Memorandum-Gruppe (Hrsg.): A.a.O., S. 80 ff.

²⁹⁾ Streeck, Wolfgang: Neo-korporatistische Kooperation und weltwirtschaftliche Konkurrenz. Hrsg. Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin. Diskussionspapier IIM-LMP 81 – 25, Berlin Dezember 1981

³⁰⁾ Schwarz, Rolf Dietrich: Kapitalismus ohne Netz - Was hält die Gesellschaft noch zusammen? Berlin 1996, S. 77 - 81

³¹⁾ Memorandum-Gruppe (Hrsg.): A.a.O., S. 67 ff.

³²⁾ Bieling, Hans-Jürgen: A.a.O. und Memorandum-Gruppe: A.a.O., S. 17 ff., Reiners, Gisela: Wenn sich die Maschen des sozialen Netzes lockern. In: Die Welt, 31.07.1984. Ähnlich Frankfurter Rundschau 08.09.1984

³³⁾ Mückenberger, Ulrich: „Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses“ Teil 1. In: Zeitschrift für Sozialreform 7/1985, S. 415 - 434 und 8/1985, S. 457 - 475

Gesetzgebung wurde vor allem der Abbau betrieblicher Personalreserven und damit eine weitere Senkung der Personalkosten erleichtert.³⁴⁾

Im Jahre 1985 wurde dann auch mit 2,6 Millionen registrierten Arbeitslosen ein Höchststand der Arbeitslosigkeit erreicht bei gleichzeitiger Zunahme der Dauer- und Sockelarbeitslosigkeit³⁵⁾ und einer wachsenden Überlagerung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.³⁶⁾ Immerhin lebten 1985 bereits 5 Millionen Menschen in der damaligen Bundesrepublik an der Armutsgrenze³⁷⁾. Diskutiert wurde diese Entwicklung als „Wachstum ohne Beschäftigung“.

Das mit der „Geistig-moralischen Erneuerung“ angestrebte Wachstum selbst wurde auf dem Wege einer aggressiven angebotsorientierten Exportpolitik gesucht, die durch eine DM-Abwertung und eine gute US-Konjunktur einerseits³⁸⁾ und die bis dahin größte Steuerreform in der Geschichte der Bundesrepublik mit einer deutlichen Entlastung von Hocheinkommen und Vermögen andererseits flankiert wurde.³⁹⁾ Begünstigt durch eine damals weltweite Hochzinspolitik aber vor allem auch wegen der lohnbedingt und abgabebestimmt schwachen Inlandsnachfrage wurden die im Export erzielten Gewinne zunehmend weniger in der Produktion reinvestiert sondern in Finanztiteln angelegt.⁴⁰⁾

Deutlich wurde in diesem Zeitabschnitt auch eine zunehmende Abwälzung der sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Kommunalebene bei gleichzeitiger Schwächung der Finanzausstattung der Kommunen im Zuge der Steuerentlastungen für Hocheinkommen und Vermögen.⁴¹⁾

2.4.1. 38,5-Stundenwoche und Franke-Erlass als Beispiele für „aktive“ Lohnpolitik

Nach dem Antritt der christlich-liberalen Regierungskoalition mit ihrem Schwenk zu einer angebotsorientierten Politik direkter Gewinnsteigerung durch Beschäftigungsabbau und Exportförderung gingen die Gewerkschaften ab 1983 zu einer Strategie der Beschäftigungsausweitung und Lohnverbesserung durch Wochenarbeitszeitverkürzung über: Sie verfolgten eine „aktive“ Lohnpolitik. Die Arbeitgeberseite sowie die Mehrheitsparteien und ihre Regierung stellten dem eine Doppelstrategie von Flexibilisierung und Vorruhestand entgegen. Insbesondere die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse war seit Beginn der neunzehnhundertachtziger Jahre durch eine ununterbrochene Serie von Diskussionsthemen vorbereitet und begleitet worden, bei denen es jeweils um die Senkung der Lohnkosten durch die Vermeidung oder Verringerung der in diesen enthaltenen Neben-Lohnkosten, also insbesondere der

³⁴⁾ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum '85, Köln 1985, S. 22,40 und 84 ff.

³⁵⁾ Ebda, S.37

³⁶⁾ Ebda, S. 51 ff.

³⁷⁾ Ebda, S. 37

³⁸⁾ Ebda, S. 55 ff.

³⁹⁾ Ebda, S. 95 ff. und 99 ff.

⁴⁰⁾ Ebda, S. 55 ff. und 60 ff.

⁴¹⁾ Ebda, S. 134

Sozialversicherungsbeiträge ging: Fehlzeiten, Überstunden, Ladenschlusszeiten, Teleheimarbeit, geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leiharbeit etc..

Soweit es Gegenentwürfe zur Wochenarbeitszeitverkürzung (überhöht wurden diese von einer „soziologischen“ Quatsch-Diskussion über die „Krise der Arbeitsgesellschaft“) wie Erziehungsurlaub und vor allem Vorruhestand betrifft, ging es hier um die Verlagerung von Lohnkosten in die Lohn-„Nebenkosten“, d.h. in die Sozialversicherungsbudgets. Dabei bedeuteten beide Versionen, die Vermeidung oder Verringerung von Sozialbeiträgen oder die Belastung der Sozialbeitragsbudgets einen „Umweg“, auf dem die Arbeitnehmer um ihren Neben-Lohn gebracht oder ihre Neben-Lohnkassen (Sozialversicherungen) für die Finanzierung von Lohnkosten der Wirtschaft herangezogen wurden.

Bei den 1984 geführten Streikauseinandersetzungen um die Einführung der 38,5-Stunden-Woche wurde mit dem berühmten „Franke-Erlass“ versucht, den nichtstreikenden, gleichwohl mitausgesperrten Arbeitnehmern die Zahlung von Kurzarbeitergeld aus der Arbeitslosenversicherung, d.h. aus ihren nebenlohnfinanzierten Fonds zu verweigern. Dies scheiterte allerdings an den Sozialgerichten. Entscheidend ist dabei der Versuch der Arbeitgeberseite und der damaligen Bundesregierung, mittels eines Erlasses des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit den Arbeitnehmern die Verfügung über ihr in Form von Pflichtbeitragszahlungen gebildetes Sozialeigentum (Ansprüche auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung) zu verweigern, d.h. Sozialeigentum zu enteignen⁴²⁾ und damit die Gewerkschaften in der Durchsetzung von Beschäftigungsverbesserungen und damit Lohnverbesserungen durch Wochenarbeitszeitverkürzung zu hindern.^{43) 44)}

2.4.2. Neben-Lohnfinanzierter Einigungsboom und Arbeits-Marktradikalisierung

In den restlichen Jahren nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition und dem Start der christlich-liberalen Koalition im Jahre 1982 und bis zum Fall der Berliner Mauer wurden in der damaligen Bundesrepublik eine Reihe zentraler gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Themen diskutiert, die eine stärkere Orientierung der Wirtschaftspolitik an einem qualitativen Wachstum in der Bundesrepublik selbst anstelle des Exportkonzeptes hätten anstoßen können. Dies galt insbesondere für die Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik. Was demgegenüber geschah war der für die Öffentlichkeit und weite Teile der

⁴²⁾ Benda, Ernst: Sozialrechtliches Eigentum im Arbeitskampf. In: Zeitschrift für Sozialreform, 7 – 1986, S.385 - 399

⁴³⁾ Bundeskanzler Helmut Kohl damals zur Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung: „Dumm, töricht und absurd“, Süddeutsche Zeitung, 9.3.1984

⁴⁴⁾ An diese „harte Tour“ erinnert die zu Beginn des Jahres 2010 laufende Kampagne gegen das Regelsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts bei der über eine Diskriminierung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) deren Wirkung als Lohnuntergrenze ausgehebelt werden sollte. Die „sanfte Tour“ wird über Kombi-Löhne, bei denen Niedriglöhne mit Zuschüssen auf Regelsatzhöhe subventioniert werden oder mit Arbeitslosengeld II aufgestockt werden, verfolgt. Stets wird dabei eine indirekte Form der Lohnpolitik über eine Instrumentalisierung der Neben-Löhne bzw. der aus ihnen finanzierten Fonds verfolgt, die eine Konfrontation mit den Beschäftigten vermeiden soll.

Politischen Strukturen in der damaligen Bundesrepublik überraschende Fall der Mauer im November 1989. Das seit 1982 hegemoniale neoliberal-angebotsorientierte Wachstumskonzept einseitiger Exportförderung durch Lohn- und Sozialkostensenkung und die längst revisionsbedürftigen politischen, ökonomischen und infrastrukturellen Muster der Bundesrepublik konnten in dieser Situation mittels „Systemexport“ konserviert und forciert werden.⁴⁵⁾

Für die beiden großen Bundestagsparteien stand damals das Wählerstimmenpotential der Beitrittsbevölkerung als letztlich für eine überstürzte Währungs- und Wirtschaftseinheit und alsbald auch politisch-staatliche Einheit ausschlaggebender Faktor im Vordergrund.⁴⁶⁾ Für die dazu als Legitimation phantasierte Wiederholung des Wirtschaftswachstums der Währungsreform von 1948⁴⁷⁾ fehlten jedoch alle Voraussetzungen: Dies gilt für einen einheitlichen eigentumsrechtlichen, ordnungspolitischen, verwaltungsorganisatorischen etc. Rahmen, für vergleichbare Produktivitätsniveaus und produktivitätsgerechte Löhne in der Wirtschaft, für eine aus der Wirtschaft ausgegliederte Sozialsicherung und Sozialpolitik und vor allem für einen Verbleib bzw. sogar einen Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte wie dies 1948 in der damaligen Westzone der Fall war. Nach 1989 spielte sich diesbezüglich genau das Gegenteil ab: Ein stetiger Abfluss jüngerer, mobiler und qualifizierter Arbeitskräfte in den westdeutschen Arbeitsmarkt und einigungsbedingt überhöhte Löhne in der ostdeutschen Wirtschaft. Statt der versprochenen „Blühenden Landschaften“ des Helmut Kohl vollzog sich damals schon kurz nach der Währungsunion unter dem enormen monetären Druck der Umtauschrelationen mit ihren immensen Arbeitskostenerhöhungen, Produktverteuerungen und Kreditbelastungen und dem damit u.a. verbundenen Verlust der bisherigen Exportmärkte der vormaligen DDR-Wirtschaft ein tiefer Absturz und eine Entindustrialisierung mit Hocharbeitslosigkeit in den sogenannten „neuen“ Bundesländern.⁴⁸⁾

Für die langfristige Entwicklung der Lohnarbeit in Deutschland stellte der sich überschlagende Einigungsprozess mit seinen politisch-ökonomischen Schockwirkungen keineswegs nur eine Erweiterung des bisherigen westdeutschen Arbeitsmarktes um einen ostdeutschen Niedriglohn-Arbeitsmarkt mit entsprechendem Druck auf die Tarifpolitik in den „alten“ Bundesländern dar. Vielmehr wurde auch durch die unvermeidliche Ergänzung des eingeschrumpften Arbeits(markt)einkommens der Bevölkerung in den „neuen“ Bundesländern dank Transferleistungen das Muster des „Kombi-Lohnes“, d.h. eines aus Steuer- bzw. Beitragsmitteln ergänzten niedrigen, d.h. heruntersubventionierten Lohntypus auf breiter Front etabliert.⁴⁹⁾

Typisch für den Einigungsprozess war auch, dass erst nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen vom Dezember 1990 mit einer erneuten Kanzlerschaft von Helmut Kohl die Finanzierungslasten des gewählten Einigungsweges und deren Verteilung Gegenstand der politischen Diskussion wurden. Eckdaten für diese Finanzierungslasten waren dabei nicht nur die allein im Jahre 1991 bei 130

⁴⁵⁾ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2006, Köln 2006, S. 181 ff.

⁴⁶⁾ Priewe, Jan, Hickel, Rudolf: Der Preis der Einheit – Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Frankfurt am Main 1991, S. 75 ff.

⁴⁷⁾ Priewe, Jan, Hickel, Rudolf: A. a. O., S. 125 ff.

⁴⁸⁾ Ebda, S. 9, 12, 23, 78 ff., 83, 92 ff., 106 ff. und 116 ff.

⁴⁹⁾ Ebda, S. 12,17, 92 ff. und 96 ff.

Mrd. DM netto liegenden Transferzahlungen in die ostdeutschen Bundesländer, sondern auch noch die Beteiligung an den Kosten des ersten Golfkrieges in Höhe von 18 Mrd. DM sowie die Forderungen der Wirtschaft nach weiteren Steuersenkungen.⁵⁰⁾

Auch hier war für die langfristige Entwicklung der Lohnarbeit in Deutschland vor allem die Entscheidung maßgeblich, die Einigungskosten vorrangig aus den Arbeitslöhnen und nicht aus Steuern auf alle Quellen zu finanzieren. Dies erfolgte auf zwei Wegen: Mit der Solidaritätsgesetzgebung wurden Zuschläge auf die Lohn- und Einkommenssteuer erhoben, d.h. die Nettolöhne direkt gesenkt. Zusätzlich wurden durch die schwerpunktartige Verlagerung der Einigungskosten in die Sozialversicherungssysteme die Löhne im Bereich der Lohn- „Nebenkosten“, d.h. der Neben-Löhne zuvor nominal erhöht, dann aber durch Leistungskürzungen in den Sozialsystemen real gesenkt. Diese Art der staatlichen Einkommens(-Senkungs)politik auf dem Umweg über die Neben-Löhne, d.h. Sozialbeiträge und Sozialleistungen⁵¹⁾ war, wie beschrieben als „Flexibilisierungspolitik“ schon in den Jahren nach der „Geistig-moralischen Erneuerung“ praktiziert worden, wurde im großen Stile dann aber nach dem „Mauerfall“ realisiert und in den Folgejahren zu einem festen Muster etabliert.

Zwar sind die meisten ökonomischen Erklärungsansätze für den ungünstigen Verlauf der deutschen Einigung als Boom in den westdeutschen Bundesländern und als Depression in den ostdeutschen Bundesländern nicht falsch. Zweifellos wurde durch die mit der Währungsunion verbundene extreme Aufwertung der ostdeutschen Währung ohne entsprechende Produktivitätssteigerung die Lohnkosten-, Verschuldungs- und Absatzmarktsituation der neuen Bundesländer regelrecht katastrophal.⁵²⁾ Gleichzeitig nutzten die westdeutschen Großbanken und -versicherungen, Energiekonzerne, Automobilhersteller und Handelsketten die ostdeutschen Länder zu einer Erschließungsoffensive, bei der die transfersubventionierte Nachfrage, die zunächst in den westdeutschen Ländern fehlte, in den ostdeutschen Ländern realisiert wurde. Anstelle einer schrittweisen Verbesserung der Produktionsbasis und des Produktionsniveaus unter Beibehalt günstiger, dafür hoher Beschäftigung wurden kapitalintensive „Leuchtturmprojekte“ und damit Arbeitslosigkeit und Abwanderung subventioniert.⁵³⁾ Der Einigungsboom, der durch diese Umwegökonomie den Unternehmen im Westen Sondergewinne aus den lohnfinanzierten Transferabgaben der Beschäftigten in den westlichen Bundesländern für die östlichen Bundesländer erlaubte etablierte nicht nur im Osten ein Niedriglohnggebiet, sondern erhöhte auch nicht die Inlandsnachfrage, sondern verteilte diese lediglich gewinnsteigernd um. Das Ergebnis waren, vor allem auch wegen der verstärkten Arbeitskräftefreisetzung in den ostdeutschen Ländern bei gleichzeitiger Zunahme der Frauenerwerbsneigung weiterhin Arbeitslosen-Zahlen im 2 Millionenbereich, während bei den Unternehmen eine regelrechte Liquiditätsschwemme einsetzte, die eine der Voraussetzungen für die wachsende Dominanz spekulativer Kapitalanlagen gegenüber produktiven Realinvestitionen wurde.⁵⁴⁾

⁵⁰⁾ Ebda, S. 145 ff.

⁵¹⁾ Ebda, S. 13, 29 und 145 ff.

⁵²⁾ Priewe, Jan, Hickel, Rudolf: A.a.O.

⁵³⁾ Bofinger, Peter: Wir sind besser als wir glauben, München 2005, S. 54 ff. und Priewe, Jan, Hickel, Rudolf: A. u. O., S. 17 ff., 32 ff., 80 ff., 101 ff. und 174 ff.

⁵⁴⁾ Priewe, Jan, Hickel, Rudolf: A.u.O., S. 18 ff.

So richtig diese Diagnosen sind, die vor allem zeigen, warum die vor der deutschen Einigung negative Nettorealverdienstentwicklung des Jahres 1989 nach kurzem Anstieg im Jahre 1991 auch schon wieder negativ war⁵⁵⁾ so übersehen sie eine letztlich für die spätere Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und Lohnhöhen viel entscheidendere politisch-ökonomische Wirkung der deutschen Einigung: Den Wegfall auch noch der letzten Reste von Systemkonkurrenz, dem dann wenig später der Zusammenbruch des gesamten RGW- und Warschauer-Pakt-Gefüges folgte. Hierdurch war die politische Notwendigkeit entfallen, die Arbeitsbeziehungen auch aus Gründen der Systemkonkurrenz konsensual und korporatistisch zu gestalten. Nun war es wieder möglich geworden, das hohe Angebot an Arbeit auf dem Markt für Arbeit zum Heruntersinken der Preise für Arbeit zu nutzen⁵⁶⁾, Arbeits-Marktradikalisierung zu betreiben.⁵⁷⁾

2.5. Vom Sanierungsfall zum Wunderland: Dumpinglöhne und Exportrekorde

2.5.1. Patentlösung auch für die Währungskrise, EU-Stabilisierung und Einigungsfinanzierung: Lohnzurückhaltung und Neben-Lohnkürzung

Gemessen an der Entwicklung der Nettorealverdienste war die zweite Hälfte der Regierungszeit der christlich-liberalen Koalition, der „Ära Kohl“, die ganz durch die Eröffnung des Europäischen Binnenmarktes 1993 und die seit 1991 laufenden Vorbereitungen der Europäischen Währungsunion bestimmt war keine gute Zeit. Mit Ausnahme des Wiedervereinigungsboomjahres 1992 zeigten die Nettorealverdienste bis einschließlich 1997 negative Vorzeichen, d.h. waren rückläufig⁵⁸⁾, während das Bruttoinlandsprodukt in diesen Jahren mit Ausnahmen um 1993 jährlich zwischen 1,0 und 2,7 Prozent anstieg.⁵⁹⁾ Trotz Zunahme der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen sank die Lohnquote am Bruttoinlandsprodukt während der Anteil der Einkommen aus

⁵⁵⁾ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 2008, Tab. 1.15

⁵⁶⁾ Auch in sozialstaatlichen Kernbereichen wie etwa der Gesetzlichen Krankenversicherung wurden die tatsächlichen oder vorgeblichen Erfordernisse der Wiedervereinigung zum Abbau störender Versichertenpositionen genutzt. Ein typisches Beispiel ist die Realisierung der Zentralisierungspläne des AOK-Bundesverbandes, gegen die seitens großer Teile der regional gegliederten AOK-Einzelkassen und insbesondere auch süddeutscher AOK-Landesverbände sowie der Länder und Kommunen massive Einwände vorgetragen wurden. Diese Zentralisierungspläne wurden durch die Etablierung von Groß-AOKen in der ehemaligen DDR durchgedrückt. -Vgl. Goeschel, Albrecht: Krankenkassen als Infrastruktur für die Zukunft: Raumordnungspolitische Erfordernisse bei Aufbau und Gliederung der gesetzlichen Krankenversicherung in der DDR. In: Medizin, Mensch, Gesellschaft, 15 – 1990, S. 208 – 218 und ders.: Die geplante Bildung von Groß-AOKen in Niedersachsen aus der Sicht der Raumordnung und Landesplanung. In: Der Landkreis, 1-1991, S. 21 - 27

⁵⁷⁾ Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005, S. 125 ff.

⁵⁸⁾ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2006 – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 2006, Tab. 1.15

⁵⁹⁾ Ebda, Tab. 1.2.

Unternehmertätigkeit und Vermögen stieg.⁶⁰⁾ Hierfür spielten sicherlich die noch vor der Wiedervereinigung erreichten Arbeitszeitverkürzungen, die begleitende Lohnzurückhaltung, aber ebenso die hohen Arbeitslosenzahlen und insbesondere die mit der Europäischen Einigung begründete brachiale Sparpolitik des Staates eine wesentliche Rolle, die nicht nur eine massive Reduzierung der öffentlichen Ausgaben sondern vor allem auch einen massiven Personalabbau im öffentlichen Sektor umfasste.⁶¹⁾

Zunächst die Konvergenzkriterien des Vertrages von Maastricht von 1991 mit ihrer Schuldenbegrenzung und zusätzlich noch der Stabilitäts- und Wachstumspakt mit seiner noch stärkeren Einengung einer flexiblen nationalen Finanzpolitik boten der Bundesregierung ein Alibi, auch auf die Währungskrise in Asien um 1997 und das schon zuvor dürrtige Wachstum mit weiterem Sozialabbau statt mit einem Wachstumsprogramm zu reagieren.⁶²⁾ Entsprechend schwach blieb die Inlandsnachfrage.⁶³⁾

Es gab aber noch ein Zusatzproblem, das in Deutschland 1993 zu der dritten schweren Krise nach dem Weltkriegsende führte und das wie wäre es anders zu erwarten, durch „Lohnzurückhaltung“, d.h. am Ende negative Nettorealverdienste „gelöst“ wurde: Zunächst hatte es durch die Wiedervereinigung einen deutschen Boom gegeben, der zusammen mit der Anpassung der Preise in der vormaligen DDR dort zu einer sozusagen „regionalen“ Inflationstendenz geführt hatte. Wegen ihrer stets einseitig auf Preisstabilität fixierten Zinspolitik und wegen der Vorbereitung der Europäischen Währungsunion mit ihren überzogenen Stabilitätsanforderungen vollführte die Bundesbank durch eine drastische Zinsanhebung sozusagen eine geldpolitische Vollbremsung mit der Folge eines massiven Wirtschaftseinbruches und eines Anwachsens der Arbeitslosenzahlen auf 3 Millionen.⁶⁴⁾ Verschärft wurde die Lage durch die Regelungen des damaligen Europäischen Währungssystems, die eine der deutschen Zinserhöhung folgende Zinserhöhung auch in anderen europäischen Ländern, die aber gar keinen Wiedervereinigungsboom hatten, auslöste und dadurch dort das Wachstum ebenfalls deutlich schwächte. Die dadurch ausgelöste massive DM-Aufwertung bewirkte währungsbedingt eine ebenso massive Erhöhung der deutschen Lohnkosten im internationalen Vergleich. Die übertriebene und besonders mit den Stabilitätsanforderungen des Maastrichtvertrages legitimierte Hochzinspolitik produzierte über ihre Auswirkungen in den Nachbarländern verschlechterte Exportbedingungen.⁶⁵⁾ Gleichzeitig schwächte die vorrangige Finanzierung der deutschen Einheit aus den Sozialleistungen, d.h. den Nebenlöhnen zusätzlich die Inlandskaufkraft, die schon durch die generelle Spar- und Sozialabbaupolitik der christlich-liberalen Koalition geschwächt war erneut.⁶⁶⁾ Auch angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen konnten die Gewerkschaften im Unterschied zu der vor der Wiedervereinigung verfolgten offensiven Lohnpolitik

⁶⁰⁾ Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen, Kapitalrenditen und Lohnstückkosten in Deutschland, Düsseldorf 20.6.1997

⁶¹⁾ Bofinger, Peter: Wir sind besser als wir glauben – Wohlstand für alle, München 2005, S. 95 ff.

⁶²⁾ Oberhauser, Alois: Geknebelte Beschäftigungspolitik – eine Folge der Maastricht-Kriterien. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2-1996, S. 228 - 236

⁶³⁾ Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Monatsbericht, Sept. 2007, S. 41 – 50, bes. S. 42

⁶⁴⁾ Bofinger, Peter: A.a.O., S 75 ff.

⁶⁵⁾ Ebda, S. 78 ff. und Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit, Berlin 1998, S. 110

⁶⁶⁾ Ebda, S. 80 ff.

via Wochenarbeitszeitverkürzung nun erneut zur Lohnzurückhaltung gezwungen werden. Die Nettorealverdienste entwickelten sich in diesen Jahren nach der Wiedervereinigung vorwiegend negativ.⁶⁷⁾

Die neben der tarifpolitischen Lohnzurückhaltung sozialpolitisch betriebene Lohnsenkung im Bereich der Neben-Löhne durch die 1993 vollzogene Gesetzgebung zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogrammes mit umfassender Leistungsverringerung in den Bereichen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe und parallel im Bereich Gesundheit wurde in den politischen Öffentlichkeit unter dem Thema „Reformstau“ bzw. „Umbau des Sozialstaats“ mit einer Konzentration auf die „wirklich Bedürftigen“ (Helmut Kohl) diskutiert.⁶⁸⁾

2.5.2. Reformwettlauf in die Armutsfalle

Nicht zuletzt wegen dieser Überwälzung von Euro- und Währungsproblem in die Lohnentwicklung und wegen der Finanzierung der Einigungskosten aus den Neben-Löhnen, sprich den Sozialbeiträgen bzw. Sozialleistungen wurde 1998 die christlich-liberale Koalition abgewählt. Ihre Politik hatte dazu geführt, dass sich im Unterschied zu den Krisen von 1974/75 und 1982/83 der private Konsum nach der Krise von 1992/93 nicht mehr steil nach oben bewegte und damit neues Wachstum ermöglichte. Vielmehr führte das Zusammenwirken von niedrigen Bruttolohnsteigerungen und verringerten Sozialeinkommen (Geldleistungen und Sachleistungen vor allem der Renten- und Krankenversicherung und Einrichtungen und Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden) zu einem nachhaltigen Durchhängen der Einkommensentwicklung bzw. Ausgabenentwicklung bei den breiten Schichten, das neues Wachstum ausschloss.⁶⁹⁾ In der Öffentlichkeit, vor allem von Kostenträgern und Leistungsanbietern besonders aufmerksam verfolgt und am heftigsten diskutiert wurde dabei die schon in den siebziger Jahren von der sozial-liberalen Konsolidierungsregierung Helmut Schmidt eingeleitete indirekte Lohnkürzung durch den mit einer angeblichen „Kostenexplosion“⁷⁰⁾ im Gesundheitswesen legitimierten Abbau der mit Beiträgen, d.h. Neben-Löhnen vorab bezahlten Sachleistungen. Unter dem vorgeblichen Ziel von mehr „Wettbewerb“ in der

⁶⁷⁾ Ebda, S. 81. Durch die angestrebte einheitliche Währung wurden die unterschiedlichen Produktivitätsniveaus und Sozialstandards der europäischen Länder nicht mehr durch unterschiedliche Wechselkurse ausgeglichen sondern es war klar, dass es zu direktem Lohnkosten- und Sozialsicherungswettbewerb zwischen den Standorträumen kommen würde. Zugleich bewirkte die zukünftige einheitliche Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, dass Länder mit niedriger Inflation, aber auch niedriger Wirtschaftsdynamik durch die damit verbundenen hohen Realzinsen zusätzlich im Wachstum benachteiligt wurden, da Investitionen in Ländern mit hoher Inflation „billiger“ zu haben waren. – Bofinger, Peter: A.a.O., S. 96 ff.

⁶⁸⁾ Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005, S. 129, S. 133 ff. Auch kündigte sich in der Sozialstaatsdiskussion schon an, was dann unter der späteren sogenannten Rot-Grünen-Koalition und dann Schwarz-Roten-Koalition umgesetzt werden sollte: Die endgültige Abkehr vom bisherigen reparierenden Sozialstaat zum „kooperativen“ Sozialstaat. - Schmid, Günther: Reform der Arbeitsmarktpolitik – Vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum kooperativen Sozialstaat, (Hrsg.): Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1996.

⁶⁹⁾ Deutsche Bundesbank: Der private Konsum seit der deutschen Wiedervereinigung. In: Monatsbericht, September 2007, S. 41 - 56

⁷⁰⁾ Braun et. al.: Das Märchen von der Kostenexplosion, Frankfurt am Main 1998

Gesetzlichen Krankenversicherung und unter Ausnutzung der Struktur- und Beitragssatzverwerfungen zwischen den Regionalkassen (AOK, IKK und BKK) und den Zentralkassen (EK) wurde mit dem „Gesundheitsstrukturgesetz“ von 1992 die zunächst nur für die Jahre 1993 bis 1995 vorgesehene Budgetierung der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung, damals bereits etwa 102 Mrd. EUR⁷¹⁾, auf Dauer installiert.

Der mit dieser Gesundheitsreform eingeführte Grundsatz der „Beitragssatzstabilität“ machte faktisch die gesundheitlichen Sachleistungseinkommen der Mehrheit der Bevölkerung davon abhängig, wie sich die Löhne der Beschäftigten entwickeln. Ein Ansteigen der Beitragssätze, d.h. der Neben-Löhne wegen erhöhtem Gesundheitsbedarf der Versicherten war damit ausgeschlossen.⁷²⁾ Über die damit verbundene Drosselung des Wachstums der Inlandsbranche „Gesundheitswirtschaft“ mit ihren Millionen Arbeitsplätzen⁷³⁾ hinaus wurde diese „Beitragssatzstabilität“ zum Grundmuster für die unter der Folgeregierung erneut vorgenommenen „Rentenreformen“ und zuletzt für die sich als Deckelung für die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge darstellende „Schuldenbremse“.

In der Öffentlichkeit wegen ihrer Langzeitwirkung und auch schwächeren Interessenvertretungsprägung als der Gesundheitsbereich weniger aufmerksam verfolgt wurden die gleichlaufend mit der Gesundheitsreform der Jahre 1989 bis 1992 erfolgten Rentenreformen der Jahre 1992 bis 1996, die im Jahre 1994 ein Ausgabenvolumen von ca. 143 Mrd. EUR betrafen.⁷⁴⁾ Als Gegenfinanzierung der Übernahme der Alterssicherungskosten der beigetretenen Bevölkerung der vormaligen Deutschen Demokratischen Republik durch die gesamtdeutsche Rentenversicherung wurden unter dem Vorwand des „Demografischen Risikos“ zwischen 1992 und 1996 folgende Einschränkungen der Rentenleistungen, d.h. Verringerungen der Rentnerkaufkraft durchgesetzt: Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre, Rentenanpassung nur noch nach den Nettolöhnen, drastische Verkürzung der Anrechnungszeiten der Schulausbildung und Abwertung der Berufsausbildungszeiten, Abschaffung der Renten wegen Arbeitslosigkeit und Einführung eines demografischen Faktors. Diese Leistungseinschränkungen sollten bis zum Jahre 2030 die ursprünglichen Rentnereinkommen um 30 Prozent verringern.⁷⁵⁾

Nachdem eine der Wiedervereinigungs-, Währungsunion-, Sozialreform- und Sparpolitik der christlich-liberalen Koalition restlos überdrüssige Wählerschaft im Herbst 1998 einer sozial-grünalternativen Koalition das Mandat zur Bildung der Regierung Schröder erteilt hatte, entwickelte sich eine hochgradig

⁷¹⁾ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2008 – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 2008, Tab. 8.2.

⁷²⁾ Dies wurde durch weitere Gesetze zur Leistungseinschränkung bzw. Zuzahlung im Gesundheitswesen in den Jahren 1996 und 1997 sichergestellt. Braun et. al., S. 16 ff.

⁷³⁾ Mehrfach wies der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen auf den Sachverhalt hin, dass zwar die Krankenversicherungsbeiträge als Neben-Löhne ein Kostenfaktor für die Gesamtwirtschaft sind, zugleich aber die Umsatzgrundlage für die Wachstumsbranche „Gesundheitswirtschaft“ darstellen: Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen: Jahresgutachten 1987, Baden-Baden 1987, S. 78 ff., ders.: Jahresgutachten 1988, Baden-Baden 1988, S. 73 ff. und ders.: Jahresgutachten 1989, Baden-Baden 1989, S. 46 ff.

⁷⁴⁾ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): A.a.O., Tabelle 8.4.

⁷⁵⁾ Bofinger, Peter: A.a.O., S. 153 ff.

widersprüchliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die Deutschland in eine regelrechte Armutsfalle trieb. So nahm die Armutsrisikoquote in der Bevölkerung von 1998 etwa 21 Prozent noch einmal auf 25 Prozent im Jahre 2005 zu.⁷⁶⁾ Die Zahl der registrierten Arbeitslosen bewegte sich bei 4,5 Millionen, die Bruttolöhne nahmen ebenso wie die Nettorealverdienste kaum zu und das Bruttoinlandsprodukt stagnierte bis zum Jahre 2005.⁷⁷⁾ Der von der sozial-grünalternativen Koalition entfesselte regelrechte Reformwettlauf⁷⁸⁾ versuchte die schädlichen Folgen der bisherigen Wirtschaftspolitik durch eine noch rücksichtslosere Anwendung der auslösenden Ursachen zu beherrschen.

Zunächst wurde die schon von der Vorgängerregierung im Zuge der Vorbereitung der Europäischen Währungsunion praktizierte Stabilitätspolitik zu einer geradezu extremistischen Sparpolitik mit massiven Kürzungen der Staatsausgaben und Abbau des Staatspersonals weiter entwickelt.⁷⁹⁾ Dies führte über die damit verbundenen negativen Multiplikatoreffekte wie rückläufige Inlandsnachfrage und rückläufiges Steueraufkommen zu noch stärkeren Einsparungsanstrengungen.⁸⁰⁾ Zugleich mit dieser extremen Sparpolitik wurde allerdings mit der großen Steuerreform des Jahres 2000 die größte Steuerentlastung von Unternehmen und Hocheinkommen seit Kriegsende realisiert, die noch über die Steuerentlastungspolitik der Kohlregierung hinausging.⁸¹⁾ Positive Wirkungen dieser Steuerreform für Wirtschaftswachstum und Beschäftigungslage konnten sich in einer Unternehmerwirtschaft aber nicht einstellen: Die extreme Sparpolitik des Staates und die Gegenfinanzierung der Steuersenkungen durch Verlagerungen von Steuerlasten in die Beitragssysteme mit entsprechendem Abbau von Sozialleistungen, d.h. die Senkung der Neben-Löhne ließen die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, nämlich eine ausreichende Inlandsnachfrage nicht aufkommen.⁸²⁾

Dieses fatale Zusammenwirken von Sparpolitik und Steuersenkungen wurde noch durch genau diejenigen „Reformen“ dramatisiert, die Wirtschaftswachstum und Beschäftigung unmittelbar stimulieren sollten: Die Fortsetzung der Renten-Reform durch die „Riester-Rente“ und die Fortsetzung der Arbeitsmarkt-Reform durch die „Hartz-Gesetze“. Die „Riester-Rente“ sollte dabei die „Stabilisierung“ der Rentenbeiträge, d.h. der Neben-Lohnkosten vorantreiben.⁸³⁾ Die „Hartz-

⁷⁶⁾ 60 Prozent des Medianeinkommens und vor Bezug von Sozialtransfers i.e.S. – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland- Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Entwurf) Übersicht A.1. – S. 294

⁷⁷⁾ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2008 – Arbeits- und Sozialstatistik 2008, Bonn 2008, Tab. 1.13, 1.15, 1.2 und 2.10

⁷⁸⁾ Müller, Albrecht:: Die Reform-Lüge, München 2004 und Sozialverband VdK Bayern (Hrsg.): Reformangriff auf das Sozialmodell Deutschland: Wie sollen soziale Interessen in Zukunft durchgesetzt werden? München 2005

⁷⁹⁾ Verantwortlicher Bundesfinanzminister war Hans Eichel

⁸⁰⁾ Bofinger, Peter: A.a.O., S. 117 ff. Die damalige Staatsverschuldung war demgegenüber im internationalen Vergleich keineswegs dramatisch.

⁸¹⁾ Ebda, S. 140 ff. Schon vor dieser Steuerreform war allerdings die Steuerbelastung der Unternehmen im internationalen Vergleich eher mäßig.

⁸²⁾ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2005, Köln 2005, S. 20 ff. und 50 ff. und Bofinger, Peter: A.a.O., S. 140 ff.

⁸³⁾ Bofinger, Peter: a.a.O., S. 159 ff. Die „Riester-Rente“ war Verpackung für eine ganze Reihe von Renten-Gesetzen, die das Renteneinkommensniveau in den kommenden Jahrzehnten drastisch absenken werden. Zudem wurde die Berechnung der laufenden Renten so verschlechtert, dass aus diesen „Einsparungen“ der Aufwand für die steuerliche Förderung der

Gesetze“ sollen das Angebot an Niedriglohn-Arbeitskräften (Zeitarbeit, Mini- und Midi-Jobs) erhöhen und damit sowohl die Arbeitslosenversicherungs-Beiträge „stabilisieren“, d.h. diese Neben-Lohnkosten reduzieren als auch allgemein Druck auf die Löhne ausüben.⁸⁴⁾ Ein Nebeneffekt dieser „Reformen“ war die Eröffnung von Spielräumen für die weitere Überwälzung „Versicherungsfremder Leistungen“ aus dem Bundeshaushalt in die Sozialversicherungshaushalte.⁸⁵⁾

Das Ergebnis der „Reformen“ war allerdings katastrophal: Es wurde nicht nur die Wirksamkeit der Nachfrage-Stabilisatoren „Rentenbezüge“ und „Arbeitslosengeldbezüge“ erheblich eingeschränkt und damit die Nachfrageschwäche verstärkt, sondern auch noch der psychologisch verheerende Effekt erzielt, dass durch die „Umbuchung“ arbeitsfähiger Sozialhilfebezieher in Arbeitssuchende die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf 5 Millionen anstieg.⁸⁶⁾ Gleichzeitig verringerte sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen um 1 Million. Gleichwohl konnte die sozial-grünalternative Koalition mit ihrem Kanzler Schröder die Bundestagswahl des Jahres 2002 noch einmal gewinnen: Die zumindest offizielle Nichtteilnahme am Irak-Krieg der Amerikaner war hierfür instrumentalisiert worden.⁸⁷⁾

Für die Unternehmerwirtschaft boten sich in dieser Situation einer reformpolitisch zunehmend eingestauchten Binnennachfrage drei Wachstumspfade an: Die Nutzung der steuerpolitisch geförderten Gewinne für die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung sowie für Finanzanlagen anstelle von Produktivinvestitionen⁸⁸⁾, die weiter beschleunigte gesellschafts-politisch propagierte Ausflucht in den Weltmarkt, d.h. den Export-Exzess⁸⁹⁾ und die weitere Kolonisierung der bisherigen öffentlichen und quasi-öffentlichen Daseinsvorsorgewirtschaft von der Alterssicherung und Telekommunikation über die Verkehrssysteme, das Wohnungswesen und die Gesundheitsversorgung etc..⁹⁰⁾ Insbesondere für die Privatisierung, d.h. Kolonisierung, der öffentlichen und quasiöffentlichen Dienstleistungen, übernahm die EU-Kommission wieder einmal eine wichtige Vorreiter- und Türöffnerfunktion.

Riester-Renten auch von solchen Rentenbeziehern finanziert werden musste, die gar keine „Riester-Rente“ ansparen. Bofinger, Peter: A.a.O., S. 160 ff.

⁸⁴⁾ Horn, Gustav A.: Sparwut und Sozialabbau – Die Deutsche Krankheit, München 2005, S. 92 ff. und 116 ff. und Bofinger, Peter; A.a.O., S. 167 ff. und 172 ff.

⁸⁵⁾ Bofinger, Peter: A.a.O., S. 173 ff.

⁸⁶⁾ Bofinger, Peter: A.a.O., S. 167 ff.

⁸⁷⁾ Die zweimalige Regierungszeit der sozial-grünalternativen Koalition war durch ein besonderes Ausmaß an widersprüchlichen und doppeldeutigen Politikmustern und Diskussionsthemen gekennzeichnet. Dies gilt für die massive Ausweitung militärischer Einsätze wie bspw. auf dem Balkan oder in Afghanistan bei gleichzeitiger plakativer Nichtbeteiligung am Irak-Krieg ebenso wie die forcierte Einforderung von mehr „Eigenverantwortung“ der Bürger bei gleichzeitig plakativer Betonung der Einflusslosigkeit des Staates gegenüber der „Globalisierung“ und insbesondere die Formel vom „aktivierenden Sozialstaat“ die tatsächlich auf eine verstärkte Individualisierung der kollektiven Risiken setzte. -Vgl. Nullmeier, Frank: Eigenverantwortung und Globalisierung: Die Überforderung des Publikums durch die sozialpolitische Rhetorik. In: Sozialverband VdK-Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Lebenslügen“ – Wer über den Sozialstaat schlecht redet – verrechnet sich, Düsseldorf 2007, S. 43 - 47

⁸⁸⁾ Hierzu zählte auch der spekulationsgeprägte e-Bereich

⁸⁹⁾ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2005, Köln 2005, S. 12 ff., Bofinger, Peter: A.a.O., S. 140 ff. und 145 sowie Horn, Gustav A.: Sparwut und Sozialabbau – Die Deutsche Krankheit, München 2005, S. 47 ff., 116 ff. und 132 ff.

⁹⁰⁾ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2005, a.a.O., S. 189 - 210

2.5.3. Existenzangst im Niedriglohnsektor

Sparwut, Steuergeschenke und Reformterror hatten die deutsche Unternehmerwirtschaft auf die Wachstumspfade von Finanzspekulation, Export-Exzess und Inlands-Kolonisierung gelockt und gedrängt. Damit war das Wachstum erneut, wie schon der Börsencrash des Jahres 2000 gezeigt hatte, den Risiken der deregulierten Finanzmärkte bzw. des globalisierten Weltmarktes ausgesetzt.⁹¹⁾ Vor allem aber wurde die Lohn-Arbeit, d.h. die Ware Arbeitskraft zunehmend auch zu einer abhängigen Variable der Kursbewegungen wie die um sich greifenden kurswert- und gewinnsteigernden Massenentlassungen bei florierenden Großunternehmen verdeutlichten. In diese Zeit fielen die Diskussionen zum Thema „shareholder value“. Gleichzeitig blieb es natürlich bei der Strategie, den Preis für die Ware Arbeit auch in den Produktionssegmenten der Unternehmen unter dem Produktivitätszuwachs zu halten.⁹²⁾ Dies wurde vor allem durch eine wachsende Lohnspreizung bzw. Arbeitsmarktsplaltung zwischen den zwar ebenfalls nicht produktivitätsgerechten Löhnen im produzierenden Gewerbe und den besonders niedrigen Löhnen im Dienstleistungsbereich bewerkstelligt.⁹³⁾

Insgesamt hatte die seit den neunzehnhundertachtziger Jahren im internationalen Vergleich in Deutschland zurückbleibende Lohnentwicklung⁹⁴⁾ vor allem dann im Zusammenwirken mit der extremen Sparpolitik der sozial-grünalternativen Regierung langfristige gefährliche Deflationswirkungen: Wegen der lohnbedingt niedrigen Exportpreise bei zu schwacher Inlandskaufkraft wurde die Wirtschaft weiter in den Weltmarkt gedrängt.⁹⁵⁾ Gleichzeitig erhöhte sich durch die sehr niedrige Inflation in Deutschland dort der Realzins für Investitionen.⁹⁶⁾ „Deutschland“ verlor damals vor allem für die Exportwirtschaft an Bedeutung, wie sich an den anhaltend zu niedrig bleibenden Investitionen ablesen ließ.⁹⁷⁾ Es wurde zu einem disponiblen „Standort“, der gegebenenfalls gegen günstigere Standorte etwa in der osterweiterten EU ausgetauscht werden konnte.⁹⁸⁾

Mit der Reduzierung der Bedeutung Deutschlands mit seiner bis dahin ausgeprägt konsensualen und korporatistischen, in vielfältigen

⁹¹⁾ Horn, Gustav A.: A.a.O., S. 28 ff.

⁹²⁾ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2005, Köln 2005, S. 10 sowie Horn, Gustav A.: S. 13, 16 und 28 ff.

⁹³⁾ Bofinger et. al.: Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis. Gutachten, Dresden August 2006, S. 35 und Horn, Gustav A.: A.a.O., S. 120 ff. Hinzu kam die Ausweitung des Einsatzes von Leiharbeitskräften im produzierenden Gewerbe, bei dem die Kernbelegschaften mit schlechter bezahlten Randbelegschaften kombiniert und unter Konkurrenzdruck gesetzt wurden. Ähnlich verfahren wurde auch bei multinationalen Unternehmen, die unterschiedlich rentable Standorte gegeneinander ausspielten.

⁹⁴⁾ Horn, Gustav A.: A.a.O., S. 50 ff und 120 ff.

⁹⁵⁾ Die seit dem Jahr 2000 besonders steil ansteigenden Exportüberschüsse bilden diesen Mechanismus gut ab, da sie auch die mit der schwachen Inlandskaufkraft verbundenen zu niedrigen Importe enthalten.

⁹⁶⁾ Horn, Gustav A.: S. 55 und 152 ff.

⁹⁷⁾ Ebda, S. 41 und 50. Passend dazu erschien 2006 ein von Fernsehprofessor Hans-Werner Sinn hochgelobtes Buch: Müller, Henrik: Wirtschaftsfaktor Patriotismus - Vaterlandsliebe in Zeiten der Globalisierung, Frankfurt am Main 2006

⁹⁸⁾ Spiegel, 44/2004, S. 94 – 109 sowie Süddeutsche Zeitung vom 3.8.2005 und 26.1.2006

Mitbestimmungsregelungen, Soziale Selbstverwaltungsstrukturen und Konzertierte Aktionen verfassten Arbeitsbeziehungen auch in dieser Hinsicht auf einen bloßen Standort⁹⁹⁾ einerseits und der Erschließung des Dienstleistungssektors durch Discounter aller Art und insbesondere auch der vormals öffentlichen Dienste als Niedriglohn-Kolonien veränderte sich auch nachhaltig die Menge, Zusammensetzung, Verwendung, Bewertung und Entgeltung der Lohnarbeit bzw. der Ware Arbeit schneller und endgültiger als zuvor.¹⁰⁰⁾ Besonders für die im Niedriglohnsektor Beschäftigten bewirkt dabei die Finanzierung von Staatsaufgaben auf dem Umweg über die Sozialversicherungen bzw. der Sozialbeiträge mit entsprechend hohen Nebenlöhnen eine ausgeprägte Tendenz zur atypischen Beschäftigung.¹⁰¹⁾ Nur ganz zu Beginn ihrer Regierungszeit hatte die sozial-grünalternative Koalition mit der Novellierung des „630-DM-Gesetzes“ einen Schritt gegen diese Entwicklung unternommen, der durchaus erfolgreich war.¹⁰²⁾

Generell ist eine vor allem in den neuen Bundesländern ausgeprägte Tendenz festzustellen, die traditionelle durch die Tarifautonomie und Koalitionsberechtigung definierte freie Arbeit durch zahlreiches Ausscheiden von Unternehmen aus der Tarifgemeinschaft zu erodieren. Darüber hinaus wird das Konzept des Flächentarifvertrages zugunsten von Betriebstarifen diskriminiert. Durch solche Betriebstarife sollen die Löhne vom Betriebsergebnis abhängig gemacht werden.¹⁰³⁾

Sozusagen am anderen Ende der Verfassung der Ware Arbeit wird die These vertreten, der Wertschöpfungsbeitrag einfacher Tätigkeiten sei im Verhältnis zu den gezahlten Löhnen zu niedrig, die Lohnspreizung in Deutschland müsse gesteigert werden. Hierbei werden dann bevorzugt „Einfachtätigkeiten“ und (niedrige) „Formalqualifikation“ gleichgesetzt. Dies ist mehrfach unrichtig. So benötigen die Hochwertprodukte der Exportwirtschaft eine Fülle von einfach zu erstellenden Vorprodukten und Vorleistungen, die keineswegs sämtlich aus Importen kommen und daher in einer arbeitsteiligen Wirtschaft selbstverständlich an der Gesamtwertschöpfung beteiligt sind. Weiterhin ist es vor allem die mehrfach beschriebene chronische Nachfrageschwäche in Deutschland, die Erwerbspersonen mit niedriger Formalqualifikation der Arbeitsplatzkonkurrenz von Erwerbspersonen mit hoher Formalqualifikation aussetzt.¹⁰⁴⁾ Insgesamt stellt

⁹⁹⁾ Die sozial-grünalternative Regierungskoalition hatte sich ganz grundsätzlich vorgenommen, auch das mit diesem Zustand eng verwobene Geschäftsmodell „Deutschland AG“, d.h. die enge Verflechtung von Banken, Versicherungen und Großfirmen durch eine Förderung der Börsen- und Investorenfinanzierung zu eliminieren.

¹⁰⁰⁾ Mittlerweile sind die Beschreibungen und Darstellungen zum Rückgang vollwertiger Normalarbeitsverhältnisse und zur Zunahme unsicherer Atypischbeschäftigungen an der Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse kaum mehr zu überblicken.

¹⁰¹⁾ Bofinger, Peter: Mini-Jobs sind Job-Killer. In: Süddeutsche Zeitung, 12.12.2005 und Bofinger et al.: Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis, Gutachten, Dresden 2006. Eine Rückkehr frühkapitalistischer Arbeitsverhältnisse ist dort festzustellen, wo Arbeitsverträge durch Werk- bzw. Lieferverträge ersetzt wurden wie etwa bei Scheinselbständigen. WZB-Mitteilungen, Juni 2000, S. 3 – 5 und WZB-Mitteilungen, Dez. 2004

¹⁰²⁾ ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik und Kienbaum Management Consultants GmbH: Geringfügig Beschäftigte und die Neuregelung des „630-DM-Gesetzes“, Köln / Düsseldorf 1999

¹⁰³⁾ Bofinger, Peter: Wir sind besser, als wir glauben. A.a.O., S. 185 ff. Bofinger zeigt die gesamtwirtschaftlich ungünstige, weil nachfragemindernde Wirkung von Betriebstarifen anstelle von Flächentarifen.

¹⁰⁴⁾ Dies ist auch die konzeptionelle Schwäche von simplen Forderungen nach Verbesserung der Bildungsergebnisse. Diese können an nachfragebedingtem Fehlen von Beschäftigung nichts

die verkürzte Begründung von Forderungen nach weiteren Lohnspreizungen, sprich: Lohnsenkungen mit zu geringer Qualifikation der Beschäftigten ein neues Argumentationsmuster ala „Kostenexplosion“, „Demografierisiko“ und nun „Bildungsdefizit“ dar, das den Vorteil bietet, Strukturprobleme des Geschäftsmodells Deutschland auf ungenügende Bildungsanstrengungen zu reduzieren.

Es passt dazu gut, dass in diesen Jahren eine Debatte über Unterschicht-, insbesondere eine Bildungs-Unterschicht-Diskussion losgetreten wurde, die am liebsten Lohnsenkungen in der Wirtschaft mit Unaufmerksamkeit im Unterricht begründen würde.¹⁰⁵⁾ In diesem Zusammenhang wurde von einem zunehmenden „Bösen Blick“ der Eliten auf die eigene Bevölkerung“ gesprochen.¹⁰⁶⁾ Man könnte auch sagen, dass es einen zunehmend „Verächtlichen Blick der Mitte auf die Niedrigverdiener“ und vor allem einen „Hasserfüllten Blick der Mehrheit auf die Arbeitslosen“ gab und gibt.¹⁰⁷⁾

So war es wohl die hauptsächliche politisch-ökonomische Leistung der sozial-grünalternativen Arbeitsmarkt-„Reform“ (Hartz I – IV), eine Millionen Menschen umfassende Arbeitssuchenden-Unterschicht unter Behördenaufsicht geschaffen zu haben und so den jeweils Beschäftigten jederzeit mit einer Einweisung in den „Niedriglohnsektor“ drohen zu können. Damit wurde dann endgültig die soziale „Sicherheit“ als entscheidender Produktivitätsfaktor der sozialstaatlichen deutschen Qualitätsproduktion durch den Produktivitätsfaktor „Angst“ in der kolonisierten Billigdistribution ersetzt.¹⁰⁸⁾ Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Nach einer Umfrage vom Sommer 2006 fühlten sich 63 Prozent der befragten Wahlberechtigten in Deutschland durch die „gesellschaftlichen Veränderungen“ geängstigt.¹⁰⁹⁾ Die CDU-Vorsitzende Merkel fand damals für die deutschen Verhältnisse die Sammelbezeichnung „Sanierungsfall“.

2.5.4. Exportweltmeister mit Ostzone

Nach den zwei Regierungsperioden anhaltenden „Reformangriffen“ der sozial-grünalternativen Koalition auf das Sozialmodell Deutschland und seine Insassen¹¹⁰⁾ war es nur logisch, dass diese politische Konstellation bei den Wahlen von 2006 nicht noch einmal mandatiert worden ist. Wiewohl auch die

ändern. Empirisch zeigt sich dieser Sachverhalt in der Zunahme auch formal höher Qualifizierter an den Niedriglohnbeschäftigten bzw. der ungleichen Entlohnung von Kernbelegschaftsmitgliedern und Randbelegschaftsmitgliedern für gleichwertige Arbeit. IMK-Report: Kombilöhne zwischen Illusion und Wirklichkeit, Düsseldorf, März 2008

¹⁰⁵⁾ Dabei sind es gerade Verschlechterungen der Sozialsicherung, die individuelle oder familiäre Bildungsinvestitionen unrentabel machen, Schettkatt, S. 22.

¹⁰⁶⁾ Nullmeier, Frank: A.a.O., S. 46

¹⁰⁷⁾ Oschmianski et al.: Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen einer Debatte. In: Diskussionspapier Nr. FS I 101 – 206. Hrsg. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, August 2001 und Matzig, Gerhard (Hrsg.): Der große Graben – Das Ende der Konsensgesellschaft, München 2006

¹⁰⁸⁾ Die gehäuften Überwachungsskandale des Personals von Discounterketten, Telekommunikationsunternehmen und bei der zur Börse drängenden Deutschen Bahn AG fügen sich in dieses Bild.

¹⁰⁹⁾ Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Gesellschaft im Reformprozess, Berlin 2006

¹¹⁰⁾ Sozialverband VdK Bayern (Hrsg.): Reformangriff auf das Sozialmodell Deutschland – Wie sollen soziale Interessen in Zukunft durchgesetzt werden?, München 2005

christlichen Parteien für ihre angekündigten und beispielsweise in Bayern praktizierten noch marktradikaleren Reformdrohungen mit Ausnahme Bayerns auch keine besonders eindrucksvolle Zustimmung fanden reichte es für die sozialdemokratischen und für die christdemokratischen Mandatsträger zusammen für eine sogenannte „Große Koalition“. Für die hatten dann die diversen Leitmedien auch nach wenigen Monaten schon nur noch Bewunderungsrufe übrig wie „deutsches Wachstumswunder“¹¹¹⁾ und „Wachstumsmärchen Deutschland“.¹¹²⁾ In Wahrheit hat es sich um eine nach quälend langer, durch Sparpolitik, Sozialabbau, Exportorientierung und Finanzspekulationen verursachten Stagnation unvermeidliche erneute Nachhol-Investitionsphase gehandelt, deren Beschäftigungseffekte vor allem die Zeit- und Leiharbeit beflügelt haben¹¹³⁾ und die statistisch durch einen alterungsbedingten Rückgang der Beschäftigungssuchenden verschönert wurde.¹¹⁴⁾ Zudem war dieser Aufschwung insofern und insoweit alles andere als ein Wunder, als er vorrangig von einem weiter steigenden Export und einer kaum zunehmenden Inlandsnachfrage getragen wurde – also die beschriebene Wirtschaftspolitik einseitiger Exportorientierung durch gezielte Lohn- d.h. Nachfrageunterdrückung abbildete.¹¹⁵⁾ Die vom SPD-Vorsitzenden Müntefering losgetretene „Heuschrecken“- Debatte stellte diesbezüglich eher ein Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Problemen des Wirtschaftsmodells Deutschland dar.

Die neue christdemokratisch-sozialdemokratische Koalition war allerdings auf diesem Erfolgshöhepunkt des ordnungspolitisch von beiden Lagern verfolgten Wachstumskonzeptes auch ganz ernsthaft mit dessen unvermeidlichen Kosten konfrontiert: Die regelrecht explodierenden Exportüberschüsse waren, weil umsatzsteuerbefreit, mit enormen Umsatzsteuerverlusten verbunden und führten im Verein mit der exportfördernden Lohn-, d.h. Nachfrageunterdrückung zu einem regelrechten Wegbrechen, d.h. Stehenbleiben der Umsatzsteuereinnahmen im gleichen Zeitraum, in dem die Exportüberschüsse steil anstiegen, also ab dem Jahr 2000.¹¹⁶⁾

¹¹¹⁾ Süddeutsche Zeitung, 14.2.2007

¹¹²⁾ Süddeutsche Zeitung, 11.5.2007

¹¹³⁾ Goeschel, Albrecht: Exportwettlauf in die Armutsfalle: Das Wachstumswunder und seine Folgen für die soziale Lage und das politische Bewusstsein in Nordrhein-Westfalen. In: Sozialverband VdK-Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Große Koalition – Enkelkinder und Großeltern gegen Bildungskrise und Altersarmut, Düsseldorf 2008, S. 63 - 80

¹¹⁴⁾ Horn et al.: Wer profitierte vom Aufschwung? In: IMK-Report, Düsseldorf März 2008, S. 5 und S. 24, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2006, Köln 2006, S. 12 sowie Horn et al.: Preiswerte Arbeit in Deutschland. In: IMK-Report, Düsseldorf 9 - 2007

¹¹⁵⁾ Ebda, S. 3 und S. 7

¹¹⁶⁾ Goeschel, Albrecht: Mehrwertsteuer-Lücke und Export-Meisterschaft: Gesamtwirtschaftliche und armutspolitische Anmerkungen zur Mehrwertsteuer-Debatte. Hrsg. Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein 2009, S.12

Übersicht 3: Export-Exzess im Wirtschaftsmodell Deutschland 1960 – 2007

Jahr	Exportüberschuss¹⁾ Mrd. EUR
1950	- 0,690²⁾
1960	+ 3.960
1970	+ 7.710
1980	- 5.070
1990	+ 72.530
2000	+ 7.250
2001	+ 42.510
2002	+ 97.720
2003	+ 85.930
2004	+ 111.030
2005	+ 113.330
2006	+ 126.380
2007	+ 169.840

¹⁾ Export abzüglich Import

²⁾ 1950 in Preisen von 1962. Ab 1960 in Preisen von 1970

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1980 – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 1980 sowie Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch: Arbeits- und Sozialstatistik 2001, Bonn 2001 und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2008 - Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 2008

Übersicht 4: Mehrwertsteuer-Lücke im Wirtschaftsmodell Deutschland 2000-2007

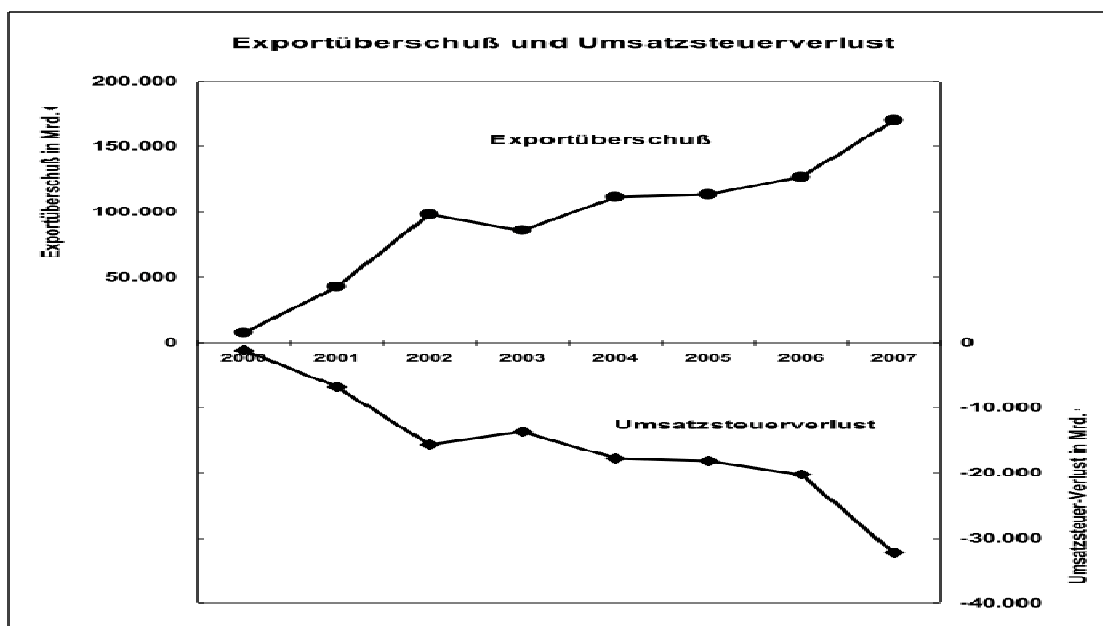
Jahr	Exportüberschuss ¹⁾ Mrd. EUR	Umsatzsteuer-Verlust Mrd. EUR
2007	+ 169.840	- 32.269 ²⁾
2006	+ 126.380	- 20.220
2005	+ 113.330	- 18.132
2004	+ 111.030	- 17.764
2003	+ 85.930	- 13.748
2002	+ 97.720	- 15.635
2001	+ 42.510	- 6.801
2000	+ 7.250	- 1.160
2000 - 2007	+ 753.990	-125.729

¹⁾ Export abzüglich Import

²⁾ Ab 2007 gilt ein Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent gegenüber 16 Prozent in den Vorjahren

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch: Arbeits- und Sozialstatistik 2001, Bonn 2001 und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch: Arbeits- und Sozialstatistik 2008, Bonn 2008

Grafik: Mehrwertsteuer-Lücke im Wirtschaftsmodell 200-2007



Im Zeitraum 2000 bis 2007 summierten sich diese fiskalischen Kosten des Export-Exzess im Wirtschaftsmodell Deutschland auf ca. 126 Mrd. EUR Mehrwertsteuerverzicht. Die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent durch die Regierung Merkel war hier eine konsequente Durchreichung der fiskalischen Kosten der Exportförderung durch Lohnunterdrückung an die breite Bevölkerung, insbesondere wiederum an die Lohnempfängerhaushalte.

Hochriskant für die Aufbringung der zur Alimentierung des Politischen Systems selbst¹¹⁷⁾ erforderlichen Finanzmittel, d.h. Steueraufkommen ist allerdings die in der Endphase der christdemokratisch-sozialdemokratischen Koalition der Kanzlerin Merkel im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“. Diese sozusagen als Nationalstaatsausführung des EU- Stabilitäts- und Wachstumspaktes konzipierte Deckelung der gesamten „öffentlichen Daseinsvorsorge“ wirkt zweifellos wachstumshemmend und damit steueraufkommensschädlich.¹¹⁸⁾

So sind in der Finanzplanung des Bundes bis einschließlich 2013 rund 34,5 Mrd. EUR allein an Einsparerfordernissen zur Einhaltung der „Schuldenbremse“ vorgesehen.¹¹⁹⁾ Da gleichzeitig aber eine stärkere Neuverschuldung, d.h. die Nettokreditaufnahme von Bund und Ländern durch diese Schuldenbremse eingeschränkt wird, können die Kosten der Weltkrisenbewältigung¹²⁰⁾ nicht durch ausgabenstimuliertes Wachstum, sondern nur durch eine wachstumserstörende Sparpolitik aufgebracht werden.¹²¹⁾ Dabei stellt die empirieresistente „Überzeugung“ aller Koalitionskonstellationen der zurückliegenden Jahrzehnte, große Steuersenkungsprogramme würden das Wirtschaftswachstum beflügeln, unter der Bedingung einer Schuldenbremse ein besonderes Risiko dar, da diese Steuersenkungen dann zwingend nur noch über Ausgabenkürzungen, d.h. Wachstumseinschränkungen gegenfinanziert werden können.¹²²⁾

Neben den wachstumsschädlichen und damit auch steuereinnahmeschädlichen Wirkungen der Schuldendeckelung bewirkt auch die anhaltende Lohnunterdrückung vor allem über das Zurückbleiben der Inlandsnachfrage ein analoges Zurückbleiben nicht nur der Massensteuer Lohnsteuer sondern auch der Massensteuer Mehrwertsteuer. Allein schon die natürlich auch von der christdemokratisch-sozialdemokratischen Koalition vorgenommenen

¹¹⁷⁾ Politische Beobachter konstatieren auch für Deutschland eine ausgeprägte Ablösung des Politischen Systems und seines Personals, der sogenannten „Eliten“ vom gesellschaftlichen Reproduktions- und Kommunikationsprozess. – Hartmann, Michael: Eliten und Macht in Europa, Frankfurt am Main 2007; Müller, Albrecht: Macht-Wahn, München 2006 und Roth, Jürgen: Der Deutschland-Clan, Frankfurt am Main 2006

¹¹⁸⁾ Goeschel, Albrecht: „Schuldenbremse als Finanzputsch? Die Umwandlung der Wirtschaftskrise in noch mehr private und öffentliche Armut.“ Hrsg. Studiengruppe für Sozialforschung e.V. Marquartstein, Februar 2009

¹¹⁹⁾ Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Entwurf des Bundeshaushaltes 2010 und der Finanzplan des Bundes 2009 bis 2013, Monatsbericht, Berlin 7-2009

¹²⁰⁾ Zusätzlich zu den Krisenbereichen Finanz-, Real- und Sozialkrise haben sich ab Frühjahr 2010 die enormen Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Währungsunion, beginnend mit der Griechenlandkrise dramatisiert.

¹²¹⁾ Horn et al.: Die Schuldenbremse – Eine Wachstumsbremse? In: IMK-Report, Düsseldorf 6 – 2008 und Vesper, Dieter: Schuldenbremsen – Wozu? In: Hagemann et al. (Hrsg.): Aus Gesamtwirtschaftlicher Sicht, Marburg 2008, S. 375 - 390

¹²²⁾ So sollten nach dem Koalitionsvertrag der im September 2009 angetretenen konservativ-liberalen Koalition zwischen 2010 und 2013 Steuerentlastungen von ca. 92 Mrd. EUR erfolgen.

Steuersenkungen für Unternehmen, Vermögen und Hocheinkommen machen die Erschließung neuer Finanzierungsquellen für das Politische System unerlässlich. Hier hat sich die christdemokratisch-sozialdemokratische Koalition einen Finanzierungsweg breit eröffnet, der wohl auch in Zukunft allein schon wegen des weiteren Wachstums der Gesundheits- und Sozialwirtschaft beschritten werden wird.

2.5.4.1. Staatsfinanzierung aus den Neben-Lohnkosten

Dieser Finanzierungsweg wurde zunächst von zwei unterschiedlichen Ausgangspunkten her erschlossen und beschritten: Einerseits hat spätestens mit der konservativ-liberalen Regierung Kohl in den frühen neunzehnhundertachtziger Jahren die Politik der Finanzierung von Staatsaufgaben aus den Sozialhaushalten im Wege der „Versicherungsfremden Leistungen“ begonnen, die dann im Falle der Finanzierung der Einigungskosten sozusagen „flächendeckend“ wurde. Andererseits hat, zunächst als Kostendämpfungspolitik der neunzehnhundertsiebziger Jahre eine zunehmende Ökonomisierung und dann auch Privatisierung und Kommerzialisierung des Gesundheitswesens stattgefunden, die dann durch die Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik der EU-Kommission sozusagen „maßgebend“ wurde. Von beiden Trends ist die große Gesundheitsreform der christdemokratisch-sozialdemokratischen Koalitionsregierung unter der Bezeichnung „Wettbewerbs-Stärkungs-Gesetz“ (WSG) wesentlich bestimmt worden. Bedeutsam sind dabei für die Gewinnung von Finanzmitteln aus der Gesundheitsversorgung einmal die massive Förderung privatwirtschaftlicher Strukturen in der Krankenversicherung und Gesundheitsversorgung mit der damit gegebenen Möglichkeit von wachsenden Steuereinnahmen aus der „Gesundheitswirtschaft“.¹²³⁾ Insbesondere wurde aber durch die Einführung des zentralen Gesundheitsfonds der Charakter der Beiträge zur Krankenversicherung verändert. Durch die Lösung der bisherigen engen regionalen, sozialen und funktionalen Bindung von Beiträgen und Leistungen in der Gesundheitsversorgung werden die Einheitsbeitragszahlungen zu einer Gesundheitssteuer bzw. Krankensteuer, die mittelfristig als typische Verbrauchssteuer in den Staatshaushalt einbezogen werden kann.¹²⁴⁾ Schon jetzt bietet außerdem die Bildung eines Sondervermögens „Gesundheitsfonds“ die Möglichkeit, über die zentralisierten Zinserträge dieses Fonds Steuerzuschüsse an den Fonds einzusparen.¹²⁵⁾

Neben Schuldenbremse, Mehrwertsteuererhöhung und Gesundheitsfonds hat die christdemokratisch-sozialdemokratische Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel noch als viertes Großvorhaben die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre

¹²³⁾ Im Jahr 2004 lag das Ausgabenvolumen der Gesundheitswirtschaft bei insgesamt 236 Mrd. EUR. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Gesundheit: Ausgaben, Krankheitskosten und Personal 2004, Bonn 2006

¹²⁴⁾ Vom Volumen her ist die Kranken-Steuer, d.h. das Beitragsaufkommen zum Gesundheitsfonds mit ca. 170 Mrd. EUR größenordnungsmaßstäblich der Umsatzsteuer mit ihren derzeit ca. 180 Mrd. EUR durchaus ebenbürtig. Goeschel, Albrecht, Martens, Rudolf: Gesundheitsfonds macht Regionen arm, Marquartstein Oktober 2008 und Gesundheitsfonds macht Regionen arm. In: Der gelbe Dienst, Berlin, 23.2.2009, S. 13 - 15

¹²⁵⁾ Goeschel, Albrecht : Staatsfinanzierung aus der Gesundheitsversorgung? Untersuchung für den Bund der Steuerzahler in Bayern e.V., Marquartstein, Januar 2007

durchgesetzt. Als Schein- und Dauerbegründung der angeblichen Notwendigkeit dieser zumindest relativen Verkürzung der Rentenbezugszeiten bzw. Verlängerung der Erwerbszeiten wurde und wird zwar anhaltend der „Demografische Wandel“ angegeben, dieser spielt aber für die Altersversorgung gegenüber der Entwicklung der Produktivität nur eine nachgeordnete Rolle.¹²⁶⁾ Und auch die Rentenreformen insbesondere die „Rente 67“ haben keineswegs das Ziel einer Sicherung der Rentenzahlungen in ihrer Eigenschaft als Lohnnachzahlungen. Es geht vielmehr darum ebenso wie in der Gesundheitspolitik durch „Beitragssatzstabilität“ die Aufwendungen der Wirtschaft im Bereich der Neben-Löhne, d.h. der Beiträge zur Sozialversicherung durch Fixierung von der demografischen, epidemiologischen und sozioökonomischen Entwicklung der Erwerbs- und Nicht-Erwerbsbevölkerung abzukoppeln und damit die Unternehmenserträge und –gewinne möglichst weitgehend aus Bindungen zu entlassen. Es geht aber auch darum, die Defizite bei der Erstattung von gesellschaftlichen Leistungen der Rentenversicherung der sogenannten „Versicherungsfremden Leistungen“ durch einen späteren Rentenbeginn und damit eine günstigere Finanzlage der Rentenversicherung, d.h. durch Rentenabsenkungen gegenzufinanzieren.¹²⁷⁾ Die gesamtwirtschaftlichen Negativwirkungen dieser erneuten Minderung der Rentenzahlungen durch zumindest relative Verkürzung der Rentenzahlzeiten etc. und der gleichzeitigen Erhöhung der Anzahl der Arbeitssuchenden durch Verlängerung der Regelerwerbszeiten liegen auf der Hand: Die Inlandsnachfrage und damit das Wachstum werden weiter geschwächt und der Druck auf die Löhne, insbesondere auf eine Ausweitung des Niedriglohnsektors wird weiter erhöht – ebenfalls mit negativen Wirkungen für die Inlandsnachfrage.¹²⁸⁾

2.5.4.2. Neben-Lohnkostenfinanzierung der Niedriglohnzone

Überblickt man die verschiedenen Operationen der christdemokratisch-sozialdemokratischen Koalition, die sozusagen als politisches Normalgeschäft und nicht als Teil der Krisenbewältigung durchgeführt worden sind, tritt ein Moment ganz entscheidend zu Tage: Die politischen Operationen und die wirtschaftliche Entwicklung vergrößern die räumlichen Unterschiede in Deutschland wesentlich stärker als dies zuvor der Fall war. Insbesondere der Unterschied und Abstand zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland hat sich verfestigt.¹²⁹⁾ Durch die seinerzeitige Strategie, anstehende grundsätzliche

¹²⁶⁾ Bofinger, Peter: A.a.O., S. 153 ff. und Sozialverband VdK Bayern (Hrsg.): Die demografische Täuschung: Bevölkerungswandel als Vorwand für eine Politik der Verarmung, München 2007

¹²⁷⁾ Goeschel, Albrecht: Exportorientierung und Rentenbilanz der Wirtschaftsregionen. In: Sozialverband VdK-NRW (Hrsg.): „Realwirtschaft“ – Die Altersrenten kommen nicht aus dem Finanzkasino, Düsseldorf 2010, S. 55 - 76 und Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V. et al. (Hrsg.): Rente mit 67 – Erhöhtes Risiko von Einkommenseinbußen und Altersarmut, Berlin o.J.

¹²⁸⁾ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2006, Köln 2006, S. 20 ff. Hier sei auch daran erinnert, dass bei den Auseinandersetzungen um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in den 80iger Jahren die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, der Vorruhestand ein „Gegenangebot“ der Arbeitgeberseite und des damaligen Regierungslagers war. Dieses „Gegenangebot“ wird mit der „Rente 67“ wieder eingesammelt.

¹²⁹⁾ Im Zuge der Weltkrise wird sich auch auf globaler Ebene zeigen, dass die gravierenden Ungleichgewichte zwischen den Schuldnerländern wie etwa den USA und den Gläubigerländern wie etwa der Bundesrepublik Deutschland und China, eine der Krisenursachen selbst sind. Dies gilt, wie der Fall Griechenland zeigt, auch für die Europäische Union, in der die jahrelangen

Kurswechsel in der Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik etc. in Westdeutschland mit Hilfe der Wiedervereinigung zu umgehen und statt dessen sämtliche wesentlichen Systemkomponenten Westdeutschlands nach Ostdeutschland zu exportieren, und als „Nachbau West“ zu realisieren ist Ostdeutschland eine Filialwirtschaft des Westens geworden, dessen gesellschaftliches Umfeld wesentlich durch die Transferzahlungen des Westens geprägt ist.¹³⁰⁾

Die Reformoperationen der Regierung Merkel-Müntefering-Steinmeier treffen in ihren Negativwirkungen den ökonomisch und sozial besonders abhängigen und fragilen Osten verstärkt. Die Mehrwertsteuer wird auf Grund des niedrigeren Einkommensniveaus und dessen stärkerer Prägung durch die unteren Einkommensklassen mit ihrer ausgeprägteren Verausgabungsnotwendigkeit für die Einkommen sowie den höheren Anteil von Transfereinkommen an den Haushaltseinkommen in den neuen Bundesländern diese proportional stärker als die Bevölkerung in den alten Bundesländern abschöpfen und sich noch dazu überproportional aus den geleisteten Transferzahlungen bspw. der Rentenversicherung speisen. Weiter schränkt die „Schuldenbremse“ vorrangig den finanzpolitischen Spielraum der Länder ein. In den neuen Bundesländern liegt dabei die Steuerkraft deutlich unter derjenigen der alten, westlichen Bundesländer.¹³¹⁾ Weiter schöpft der „Gesundheitsfonds“ zwar die neuen Bundesländer mit dem einheitlichen Krankenkassenbeitrag des Gesundheitsfonds im gleichen Maß wie die alten Bundesländer ab. Wegen der vor allem im Bereich der Arztpraxen schon beginnenden und sich noch steigernden Ausdünnung der „Abrechnungsstellen“ für Krankenkassenmittel wird der Rückfluss von Finanzmitteln in die neuen Bundesländer aber unterproportional sein, d.h. die neuen Bundesländer werden „Verlierer“ des Gesundheitsfonds sein.¹³²⁾

Die neuen Bundesländer zeigen derzeit auf der Basis der langfristigen und ununterbrochenen Erwerbsbiographien der Planwirtschaft der vormaligen Deutschen Demokratischen Republik mit den im Zuge der deutschen Einigung rechnerisch aufgewerteten Renten noch höhere Rentenzuflüsse als ein Großteil der Regionen in den alten Bundesländern.¹³³⁾ Bei einem zunehmenden Greifen der Regelungen zur Rentenabsenkung und im Verbund mit der ungünstigen Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern wird es dort zu einem deutlichen Absinken der Rentenansprüche d.h. der Rentenzuflüsse bei Männern wie Frauen kommen. Dies steht schon jetzt fest, da die hohe Arbeitslosigkeit nach der Wende, die damit verbundenen unvollständigen Erwerbsbiographien sowie die geringen Löhne im Osten schon Fakten, d.h. Eckdaten sind.¹³⁴⁾ Insbesondere die

reformpolitisch geförderten immensen Überschüsse aus dem Exportgeschäft mit den EU-Mitgliedern des Südens, die kreditfinanziert waren, als Entschuldungsnotwendigkeit nun finanzpolitisch nach Deutschland re-importiert werden.

¹³⁰⁾ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum '2006, a.a.O., S. 162 ff.

¹³¹⁾ Süddeutsche Zeitung 30./31.5. und 1.6.2009, Den Ländern ist ab 2020 eine Neuverschuldung generell untersagt. Süddeutsche Zeitung, 9.7.2009

¹³²⁾ Goeschel, Albrecht: Räumliche Auswirkungen des Gesundheitsfonds, Marquartstein Januar 2009, Goeschel, Albrecht, Martens, Rudolf : Gesundheitsfonds macht Regionen arm: Anmerkungen zum Verhältnis von Gesundheitspolitik und Armutsrisiko, Marquartstein / Berlin Oktober 2008

¹³³⁾ Goeschel, Albrecht: Exportorientierung und Rentenbilanz in den Wirtschaftsregionen: A.a.O.

¹³⁴⁾ Geiger, Johannes: Künftige Altersrenten in Deutschland: Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten. In: DIW-Wochenbericht, '11/2010. S. 2 - 11

sogenannten Arbeitsmarktreformen schon der sozial-grünalternativen Regierung Schröder und deren Exekution durch die christdemokratisch-sozialdemokratische Regierung Merkel haben die neuen Bundesländer zu einer Niedriglohn- und Armutszone gemacht. Umgekehrt haben die neuen Bundesländer nur mit wenigen Inselstandorten Anteil am extrem steilen Exportwachstum in Deutschland.¹³⁵⁾ Dementsprechend deutlich höher als in den alten Bundesländern ist auch das Armutsrisiko in den neuen Bundesländern.¹³⁶⁾ Für die Lage der Arbeit in Deutschland hat dies zwei Effekte: Die ostdeutsche Niedriglohnzone stellt einen regionalen Dauerdruck vor allem auf die Löhne in den alten Bundesländern dar¹³⁷⁾ und der anhaltend überproportionale Transferbedarf beansprucht die Neben-Löhne der Beschäftigten in den alten Bundesländern.¹³⁸⁾

3. „Arbeitsgesellschaft Deutschland“ in der Insolvenz – Mindestlöhne gegen Überschuldung

Der Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Regierung Merkel-Westerwelle beinhaltet mit den weitreichenden Steuersenkungsbeschlüssen bei gleichzeitig weiter steigenden Kosten für die Bewältigung der Finanz-, Real- und Sozialkrise die Botschaft, dass die Hocheinkommen, Vermögen und Unternehmen mit den Kosten der Krisenbewältigung nicht belästigt werden möchten.¹³⁹⁾ Zuvor noch, in der Endphase der christdemokratisch-sozialdemokratischen Koalition Merkel-Müntefering-Steinmeier wurde mit Zustimmung weit über diese Koalition hinaus mit der Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung mitgeteilt, dass die Kosten für die Bewältigung der Krise nur auf dem Wege von Steuererhöhungen oder Ausgabensenkungen aufzubringen sind. Damit bleiben von den großen gesamtwirtschaftlichen Verteilungsaggregaten des Bruttoinlandsprodukts, d.h. den Unternehmens- und Vermögenseinkommen, den Steuerabgaben und den Arbeitnehmerentgelten politisch nur die Arbeitnehmerentgelte zur Finanzierung der Krisenfolgen übrig.¹⁴⁰⁾

Dass der liberale Steuersenkungspartner in der gegenwärtigen Koalitionsregierung genau dies politisch anstrebt, hat er nach seiner im Umfeld des Verfassungsgerichtsurteils zu den Regelsätzen des Arbeitslosengeldes II betriebenen Kampagne zur weiteren Absenkung des Existenzminimums deutlich gemacht. Von daher muss also die Frage nach der Staatsverschuldung nicht vom Bruttoinlandsprodukt insgesamt, sondern von den Arbeitnehmerentgelten her gestellt und beantwortet werden. Die Frage stellt sich also wie sich in der

¹³⁵⁾ Goeschel, Albrecht: Exportwettbewerb in die Armutsfalle: Das Wachstumswunder und seine Folgen für die soziale Lage und das politische Bewusstsein in Nordrhein-Westfalen: A.a.O., S. 63 - 80

¹³⁶⁾ Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e.V. (Hrsg.): Unter unseren Verhältnissen.... Der erste Armutsatlas für die Regionen in Deutschland, Berlin März 2009

¹³⁷⁾ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2006, Köln 2006, S. 178 ff. und 181 ff.

¹³⁸⁾ Koller, Martin: Heimlicher Finanzausgleich über die Sozialsicherungssysteme. In: Sozialverband VdK Bayern (Hrsg.): Mit weniger Kassen zu besseren Leistungen? München 2003, S. 178 ff. und 181 ff.

¹³⁹⁾ Diese Botschaft wurde noch durch das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ vom November 2009 verdeutlicht, das letztlich nur Steuersenkungen u.a. für Hotelleistungen regelt.

¹⁴⁰⁾ Beim bisherigen Exportweltmeister Deutschland muss allerdings auch noch über das Verteilungskonto Primäreinkommen aus oder an die übrige Welt nachgedacht werden.

Wirtschaftsgeschichte Deutschlands seit Kriegsende das Verhältnis von Arbeitnehmerentgelten und Staatsverschuldung entwickelt hat.

Übersicht 5: Bruttolohneinkommen und Staatsverschuldung

Löhne/Schulden	Bruttoarbeits- nehmer- Entgelt^{*)}	Öffentliche Schulden^{**)}	Öffentliche Schulden % Bruttoarbeits- nehmerentgelt
Jahre	Mrd. EUR		Prozent
1950	23,4	10,5	44,9
1965	119,7	42,4	35,4
1966	128,9	47,2	36,6
1989	639,8	60,3	9,4
1991	847,0	595,9	70,4
2007	1182,1	1502,2	127,1

^{*)}Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bzw. Bruttoarbeitnehmerentgelt.

^{**)}Verschuldung der öffentlichen Haushalte bzw. Kreditmarktschulden im weiteren Sinne Bund, Sondervermögen des Bundes, Länder, Gemeinden.

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1983 – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 1983, ders. (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1984 - Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 1989 und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 2008 - Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 2008

Hier ist festzustellen, dass die Staatsverschuldung zunächst von einer Größenordnung von ca. 45 Prozent des Wertes der Bruttolohneinkommen im Jahre 1950 auf reichlich 9 Prozent des Wertes der Bruttolohneinkommen im Jahre 1989 abgenommen hat. Nach der Wiedervereinigung mit ihren hohen Kosten, die allerdings auch über die Belastung der Sozialversicherungen, d.h. der Neben-Löhne in den Bruttolohneinkommen enthalten oder besser „versteckt“ sind¹⁴¹⁾, erreichte die Staatsverschuldung gut 70 Prozent des Wertes der Bruttolohneinkommen um im Vorkrisenjahr 2007 dann auf gut 127 Prozent anzusteigen. Durch die Kosten für die Krisenbewältigung wird dieser Wert nunmehr noch wesentlich höher liegen.

Zu adäquater Einschätzung der Lage ist es erforderlich auch noch zu berücksichtigen, dass die Staatsschulden, soweit sie Kreditmarktschulden im weiteren Sinne sind, nur eine Sammelbezeichnung für die Forderungen häufig

¹⁴¹⁾ Bei einer zukünftigen Bezugsetzung der Staatsschulden mit dem Wert des Arbeitsvermögens, d.h. den Lohneinkommen wird zu erörtern sein, ob hier besser die Bruttolohneinkommen, die Neben-Löhne, d.h. Beitragsabgaben und Lohnsteuer, d.h. Steuerabgaben enthalten herangezogen werden oder ob hier die Nettolohneinkommen, die um diese Größen bereinigt sind besser geeignet sind.

institutioneller Inhaber von Staatsschuldtiteln, gegenüber der Gesamtheit der Lohneinkommensbezieher, d.h. der „Arbeitsgesellschaft Deutschland“ sind. Aus dieser Sicht reicht das mit den Bruttolohneinkommen bewertete Arbeitsvermögen der Abhängigbeschäftigten seit 2007 nicht mehr aus, um die als Staatsschuld auftretenden Forderungen der institutionellen Anleger zu decken. Hier ist es interessant, um welche Inhaber von Staatsschuldtiteln, d.h. Gläubiger es sich bei den deutschen Staatsschulden u.a. handelt.

Übersicht 6: Gläubiger der deutschen Staatsschuld 2008

Gläubiger*)	Kredite Mrd. Euro
Commerzbank	42,00
Allianz Gruppe	24,30
Münchener Rück	20,00
Norwegischer Staatsfonds (NBIM)	12,00
WestLB	9,60
Barclays	6,05
Chilenische Staatsfonds (PRF und ESSF)	5,00
Landesbank Baden-Württemberg	5,00
Deutsche Bank	2,70
USB Deutschland	2,20
Goldman Sachs	1,80
Aserbaidshanischer Staatsfonds (SOFAZ)	1,25
Irischer Staatsfonds (NPRF)	0,60
Union Investment Rentenfonds (Auswahl)	0,10

*) Auswahl

Quelle: BdSt-Umfrage, Datenangaben überwiegend Ende 2008

Nach den Bestimmungen des deutschen Insolvenzrechts¹⁴²⁾ gibt es drei Eröffnungsgründe für Insolvenzverfahren „drohende Zahlungsunfähigkeit“ (§18 InsO), „Zahlungsunfähigkeit“ (§ 17 InsO) und „Überschuldung“ (§ 19 InsO). Angesichts der mittlerweile erreichten deutlichen Überschreitung des Wertes der Forderungen der Staatsschuldgläubiger gegenüber dem Wert des Arbeitsvermögens der Gesamtheit der Beschäftigten müsste die „Arbeitsgesellschaft Deutschland“ Insolvenz beantragen, wenn es eine solche Insolvenzregelung denn gäbe.¹⁴³⁾

Die seit mehreren Jahrzehnten von wechselnden Koalitionsregierungen empfohlene, geforderte und nachhaltig betriebene Abflachung der Lohn- und Neben-Lohnkurven gegenüber den Produktionskurven¹⁴⁴⁾ hat ein säkulares Ansteigen von ausgleichenden und antreibenden Staatsausgaben konsumtiver und investiver Art provoziert¹⁴⁵⁾, die zu der jetzigen Schwerst-Krise geführt hat, die aus den Arbeitnehmereinkommen bzw. dem Arbeitsvermögen nicht mehr bewältigt werden kann. In diesem Zusammenhang hat die seit zwei Jahren in Deutschland zum Thema „Arm trotz Arbeit“ geführte Diskussion¹⁴⁶⁾ ihren systematischen Platz: Derzeit wird durch eine Vielzahl von Arbeits- und Lohnpolitiken¹⁴⁷⁾ das gesamtwirtschaftliche Zurückbleiben des Arbeitsvermögens gegenüber den Staatsschulden bzw. gegenüber den Forderungen der Staatsgläubiger auf Einzelgruppen der Arbeitsgesellschaft, bevorzugt auf die Niedriglöhner¹⁴⁸⁾ abgewälzt.

Diese arbeits- und lohnpolitische Abwälzung der Überforderung der Arbeitsgesellschaft Deutschland auf Teile der Arbeitnehmerschaft geht aber noch weiter. Sie erfolgt auch durch eine Verminderung der aus dem Arbeitsertrag der Beschäftigten „normal“ zu reproduzierenden Bevölkerungsteile d.h. der Mantelbevölkerung. So war es die gesamt-wirtschaftlich entscheidende Funktion der Hartz-Gesetze, etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung in eine Existenzminimumzone unter Behördenaufsicht auszugliedern und damit das bei den verbleibenden Beschäftigten und ihrer Mantelbevölkerung anfallende Arbeitsvermögen relativ zu erhöhen und damit wieder besser abschöpfbar zu machen. Die von den bekannten wissenschaftlichen Vorkostern wie den Professoren Franz und Sinn oder auch weniger bekannten wissenschaftlichen Resteverwertern wie Professor Thiessen immer wieder vorgetragenen Forderungen nach Absenkung der Arbeitslosengeld-Regelsätze bzw. Vorschläge

¹⁴²⁾ Insolvenzordnung (InsO) vom 5.10.1994, BGBl. I, S. 2866

¹⁴³⁾ Das deutsche Insolvenzrecht schließt Insolvenzverfahren über das Vermögen des Bundes oder eines Landes aus. § 12 Abs. 1 InsO.

¹⁴⁴⁾ Brenke, Karl: Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig. In: DIW-Wochenbericht, 33-2009, S. 560

¹⁴⁵⁾ Gillmann, Joseph M.: Prosperität in der Krise, Frankfurt a. Main 1968

¹⁴⁶⁾ Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Armut trotz Erwerbstätigkeit steigt, Düsseldorf 2008; Dietz et al.: Warum Aufstocker trotz Arbeit bedürftig bleiben. IAB-Kurzbericht 2–2009; Kombi-Löhne zwischen Illusion und Wirklichkeit. In: IMK-Report, Düsseldorf 8–2006; Rhein, Thomas: Arbeit und Armut im transatlantischen Vergleich. In: IAB- Kurzbericht, 1–2009; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.): Memorandum 2006, S. 20 ff. und 35 ff.

¹⁴⁷⁾ Zu diesen Arbeits- und Lohnpolitiken zählen Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Unternehmens- und Betriebsaufspaltungen, Funktions-Ausgliederung, Förderung atypischer Beschäftigung und Abbau der Tarifgeltung. Logeay, Camille, Zwiener, Rudolf: Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer – Die neue Dimension eines Aufschwungs. In: WSI-Mitteilungen, 8–2008 S. 415 - 422

¹⁴⁸⁾ Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedriglöhnen. IaQ-Report 5–2009.

zur Verbilligung der Lebenshaltung von Hartz IV-Empfängern¹⁴⁹⁾ und die im Umfeld des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Sicherung des Existenzminimums für Arbeitssuchende vom Vizekanzler der christlich-liberalen Koalition losgetretene Hasskampagne zu Hartz IV machen gut deutlich, wie die Ausgrenzung eines Zehntels der Bevölkerung aus der „normalen“ Mitbeanspruchung des Arbeitsvermögens praktiziert wird.

Auch die seit geraumer Zeit in Deutschland geführte Verteilungsdiskussion¹⁵⁰⁾ insbesondere Armutsdiskussion zeigt, dass auch hier ein erheblicher Teil der Gesamtbevölkerung, derzeit etwa 25 Prozent vor Sozialtransfers, mittlerweile armutsbedroht ist¹⁵¹⁾, d.h. von Einkommen und Vermögen soweit abgedrängt ist, dass die verbleibenden Einkommen und Vermögen der Beschäftigten und ihrer Mantelbevölkerung stärker beansprucht werden können. Vor diesem Hintergrund erscheinen die sich mehrenden Stimmen für eine „Mindestlohn-Politik“ in Deutschland allein schon deshalb „vernünftig“¹⁵²⁾ weil damit die Bruttolohneinkommen-Staatsschulden-Relation durch Stärkung der Inlandsnachfrage und der Bruttoeinkommen schrittweise angeglichen werden könnten, also die „Arbeitsgesellschaft Deutschland“ die Forderungen der Gläubiger der Staatsschulden wieder durch Wachstum der Wirtschaft statt durch Spaltung der Gesellschaft bedienen könnte.¹⁵³⁾ Erklärungsbedürftig ist daher, warum sich stattdessen in der politischen Landschaft ein so massiver „Mindestlohnkonflikt“ aufbaut, warum der Mindestlohn zu einem „Symbolthema“ geworden ist.¹⁵⁴⁾

Die Erklärung ist darin zu suchen, dass das Geschäftsmodell Deutschland, d.h. Exporterfolge durch Lohnverzicht bei wachsender Staatsschuld die Wirtschaftsstrukturen, die Gesellschaftsstrukturen und die Denkweisen schon soweit verändert hat, dass eine Korrektur des Geschäftsmodells Deutschland dem dafür verantwortlichen Politischen System und den damit begünstigten Teilen der Wirtschaft und den davon durch Abwälzung noch nicht voll belasteten Teilen der Gesellschaft aufwändiger erscheint als eine anhaltende und fortschreitende Exklusion und Diskriminierung von Teilräumen und Teilgruppen wie den Abstiegsregionen vor allem im Osten, wie der Wenig- und NiedrigverdienerInnen vor allem im Dienstleistungssektor oder der Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften etc.. Jedenfalls zeigt das von der aktuellen Koalition vorgelegte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das die Bewältigung der Weltkrise vor allem durch weitere Steuererleichterungen für Unternehmen, Vermögen und Hocheinkommen anstrebt¹⁵⁵⁾, dass auch trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren keinerlei Überprüfung des

¹⁴⁹⁾ Martens, Rudolf: Lohnabstand und Hartz IV-Nachruf auf eine Kampagne. Manuskript, Berlin 14.03.2010

¹⁵⁰⁾ Schäfer, Claus: Aus der Krise in die Krise? WSI-Verteilungsbericht 2009. In: WSI Mitteilungen 12-2009, S. 683 - 691

¹⁵¹⁾ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland, Entwurf, Berlin 19.5. 2008, S. 294

¹⁵²⁾ Bosch, Gerhard: Mindestlohn in Deutschland notwendig – Kein Gegensatz zwischen sozialer Gerechtigkeit und Beschäftigung. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, 4-2007, S. 421-430 und Horn et al.: Frankreich: Ein Vorbild für Deutschland, September 2008

¹⁵³⁾ Martens, Rudolf: Existenzminimum: Wachstumsfaktor und Wagnisversicherung: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 1/2009, S. 82 - 92

¹⁵⁴⁾ Süddeutsche Zeitung, 18.6.2007

¹⁵⁵⁾ Truger, Achim, van Treek, Till: Wachstumsbeschleunigungsgesetz: Kein spürbarer Wachstumsimpuls zu erwarten. In: IMK-Policy-Brief, 9-2009

Geschäftsmodells Deutschland und seiner Exportforcierung durch Lohndämpfung beabsichtigt ist.¹⁵⁶⁾ Stattdessen wird die von diesem Geschäftsmodell ausgelöste Verschuldungskrise in einer wachsenden Zahl der europäischen Importländer vom politischen System in Deutschland dazu genutzt dieses Geschäftsmodell, das auch die Binnenwirtschaft in Deutschland schädigt und die Gesellschaft spaltet, zu einem „nationalen Anliegen“ hochzustilisieren.

Das allergrößte Risiko für die „Arbeitsgesellschaft Deutschland“ besteht aber darin, dass durch eine weitere Ausbreitung des „Kombi-Einkommens“, d.h. eine regional im Osten und sektoral in den Inlandsbranchen, insbesondere im Dienstleistungssektor zunehmende Ergänzung bspw. „Aufstockung“ der Arbeitsmarkt-Einkommen durch Steuer- oder Beitragsmittel die Arbeit ihren Charakter als tarifautonome Ware auf dem Arbeitsmarkt verliert und zu einem halböffentlichen Gut, zu einem (Arbeits-)Dienst wird.¹⁵⁷⁾

Die von einigen Politikern und „Wissenschaftlern“ schon seit längerem immer wieder ins Gespräch gebrachte Arbeitspflicht für Arbeitssuchende¹⁵⁸⁾ und die gleichzeitige Verschärfung der Arbeitsrechtsprechung¹⁵⁹⁾ zeigen hier „Tendenzen“.¹⁶⁰⁾ Insbesondere bietet die aktuelle Schuldenkrise vor allem der südeuropäischen Importländer der EU der deutschen Politik die Chance, anstelle einer Revision des krisenverursachenden deutschen Geschäftsmodells dessen Lohndämpfungs-Philosophie in die EU zu „exportieren“ und damit einen ähnlichen Konservierungseffekt für das Politische System wie bei der seinerzeitigen Übernahme der vormaligen Deutschen Demokratischen Republik zu erreichen.

Die „Mindestlohnforderung“ ist bei einer solchen Großwetterlage mehr als nur ein Symbolthema – sie ist ein Konfliktthema. Der professorale Scharfmacher Deutschlands, Hans-Werner Sinn formuliert dies so: **„Mindestlöhne unterminieren die Gesellschaft.“**¹⁶¹⁾

156) Der Paritätische Gesamtverband e.V. (Hrsg.): Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, Berlin 26.11.2009

¹⁵⁷⁾ Die zur arbeitspolitischen Abfederung der weltweiten Krise forcierte Ausweitung der Kurzarbeit, bei der Arbeitsverhältnisse durch Lohnverzichte und Mittel aus dem Neben-Lohnfonds der Arbeitslosenversicherung subventioniert werden, wurde verständlicherweise insbesondere von der Gewerkschaft IG-Metall massiv gefordert – verstärkt aber ohne Mindestlohnforderungen den Formwandel der Arbeit. - Süddeutsche Zeitung, 28.12.2009 und 2./3.1.2010

Der Weg von der tarifautonomen Ware Arbeit in den (Arbeits-)Dienst in der Endphase der Weimarer Republik wird beschrieben in: Adamy, Wilhelm, Steffen, Johannes: „Arbeitsmarktpolitik“ in der Depression – Sanierungsstrategien in der Arbeitslosenversicherung 1927 – 1933. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 3-1982, S. 276 - 291

¹⁵⁸⁾ So der vormalige Bundeswirtschaftsminister Michael Glos. Süddeutsche Zeitung 23.3.2007.

¹⁵⁹⁾ Neben der zunächst in den Medien anhaltend herausgestellten völlig unangemessenen Sanktionierung von Bagatelldelikten von Arbeitnehmern (Flaschenpfand-Urteil etc.) auch vor allem die Aushebelung von Tariftreuerregelungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch den EuGH. Süddeutsche Zeitung, 4.4.2008, 17.7.2008, 11.3.2009 und 19.2.2010.

¹⁶⁰⁾ Dahrendorf, Ralf: An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert. In: Die Zeit, 14.11.1997 und Pornschlegel, Clemens: Adieu 1789 ! – Wie Europa Staat und Recht an den Wettbewerb verkauft. Süddeutsche Zeitung, 3.4.2008

¹⁶¹⁾ Süddeutsche Zeitung, 1.4.2008